

Ralf Schmitz

DER VEREIN DEUTSCHER METALLHÄNDLER

*Vom Verein der Metallgroßhändler Berlin 1908 bis
zum Verband Deutscher Metallhändler und Recycler 2026*



4. KAPITEL

VEREIN DEUTSCHER METALLHÄNDLER.E.V. 1948 - 2006



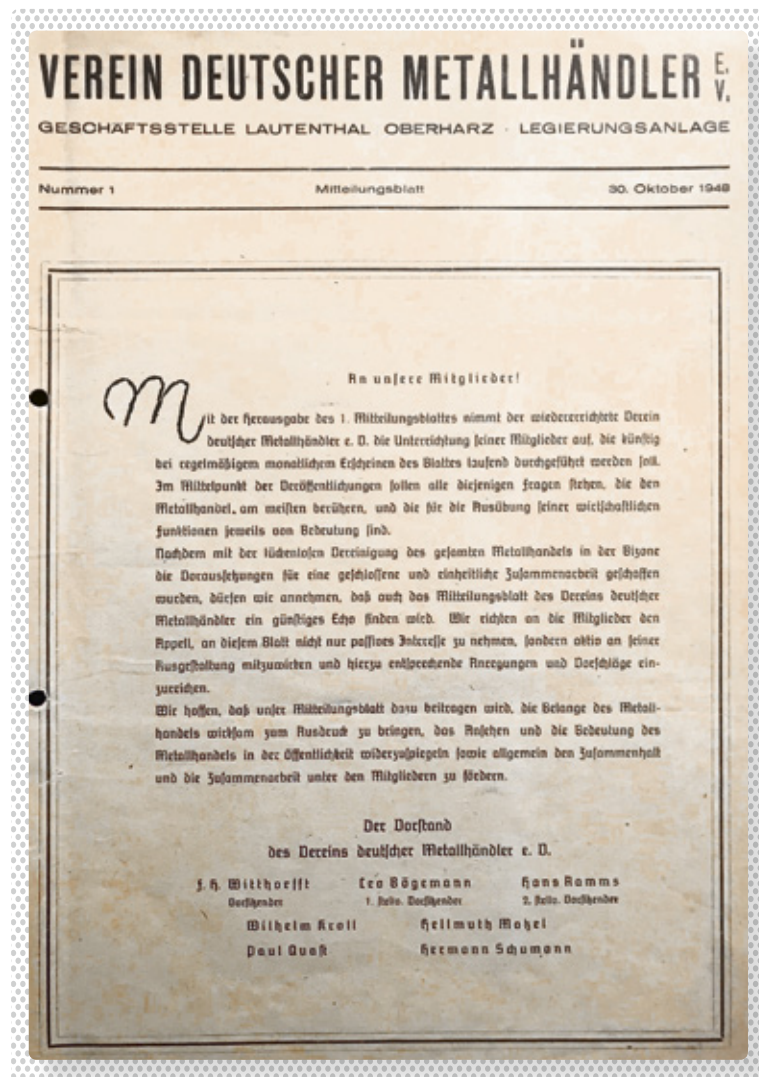
Der Verein Deutscher Metallhändler e.V. war viele Jahrzehnte eine reine Männergesellschaft, erst 1997 wurde eine Frau in den Vorstand gewählt. Das Foto zeigt den Vorstand im Jahr 1991. Hintere Reihe von links: Siegfried Jacob, Hans P. Münster, Maximilian Schäfer, Günter Kroll, Konrad Edelmann, Georg Landsmann, Jürgen Hartmann, Carl L. von Laffert, Dr. Herbert Zimmermann, Peter Haslacher. Sitzend: Helmut Düren, Heinz Wilhelm Schoof, Hans Messmer, Heinz Werner Hempel.

Foto: Kopetz, Hamburg

4.1

NEUBEGINN

Am 30. September 1948 wählte die in Goslar tagende 2. außerordentliche Mitgliederversammlung des ‚Fachverbandes Metallhandel (vorm. Verein deutscher Metallhändler e.V.)‘ Franz Heinrich Witthoefft zum Vorsitzenden. Einen Tag später, am 1. Oktober 1948, beschloss die Mitgliederversammlung, sich wieder in Verein deutscher Metallhändler e.V. umzubenennen (siehe 3.11). Damit erhielt der 1908 gegründete Verein seinen historischen Namen zurück, den er schon von 1914 bis 1934 getragen hatte. Witthoefft betonte, dass diese Sitzung nun praktisch *„als erste außerordentliche Mitgliederversammlung des Vereins deutscher Metallhändler e.V. anzusehen sei“*.¹ Das untergegangene Deutsche Reich stand zu dieser Zeit noch unter Allierter Besetzung, die Bundesrepublik Deutschland wurde erst am 23. Mai 1949 gegründet. Dennoch war die Rückbenennung des Vereins für den westdeutschen Metallhandel das Startzeichen zum Neubeginn. Dr. Rudolf Müller (siehe 2.2.6) stand dem Vorstand auch in dieser Zeit als VdM-Geschäftsführer zur Seite.



MITTEILUNGSBLATT (HEUTE VDM MAGAZIN) NR. 1

4.1.1

FRANZ HEINRICH WITTHOEFFT

VDM VORSITZENDER 1948/1949



Franz Heinrich Witthoefft jr. wurde am 11. August 1903 als Sohn von Senator Franz Heinrich Witthoefft, dem Gründungsvorsitzenden des Vereins der am Metallhandel beteiligten Firmen in Hamburg e.V. (siehe 1.6), geboren. Er sammelte mehr als 20 Jahre Auslandserfahrung in Europa, Asien und Afrika im Dienste des Hamburger Im- und Exporthauses Arnold Otto Meyer, wo er „frühzeitig von der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit durchdrungen“² wurde. Später wechselte er in die Geschäftsführung der W. & O. Bergmann KG nach Düsseldorf, wo er es bis zum Mitinhaber und Beiratsvorsitzenden brachte. Zudem war er Mitglied des Aufsichtsrats der Commerz & Disconto Bank Hamburg, der Rechtsvorgängerin der Commerzbank AG. „An dem

Wiederaufbau der deutschen Nachkriegswirtschaft, insbesondere auf dem Metallgebiet, war Witthoefft vielfältig beteiligt. U.a. gehörte er von Anfang an dem Einfuhrbeirat NE-Metalle bei der Bundesstelle für Warenverkehr, Frankfurt/Main, an. An der Zusammenfassung aller Metallkreise durch Vereinigung der Fachvereinigung Metallhandel der Wirtschaftsvereinigung NE-Metalle mit dem Verein deutscher Metallhändler e.V. (siehe 3.11) hatte Witthoefft maßgeblichen Anteil“.³ In der Position als erster VdM-Vorsitzender nach dem Krieg sah er sich selbst als Übergangslösung, denn kurz nach seiner Wahl betonte er, „dass er diesen Posten nur widerstrebend (...) als Zwischenlösung bis zur Neuwahl in der nächsten Mitgliederversammlung (...) übernehme (...) um die erstrebte Zusammenarbeit nach allen Seiten zu fördern“.⁴ Er starb am 8. Juli 1995 im Alter von fast 92 Jahren.

4.1.2

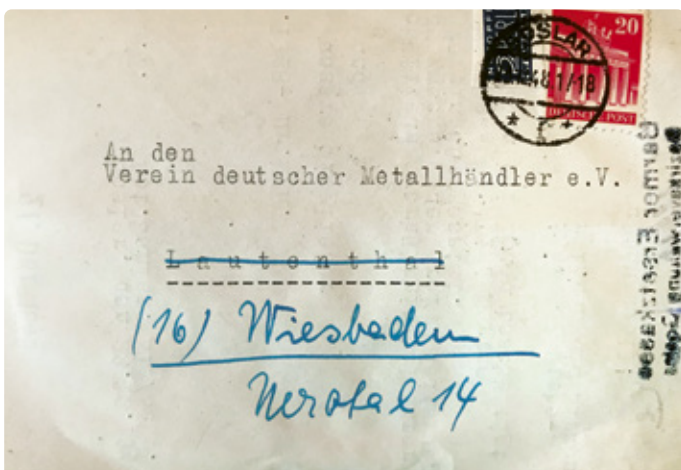
VON LAUTENTHAL NACH WIESBADEN

In die kurze Amtsperiode des ersten Vorstandes nach der Rückbenennung in „Verein deutscher Metallhändler e.V.“, fiel am 1. Dezember 1948 der Umzug des VdM von Lautenthal nach Wiesbaden. Anlass dieses Standortwechsels war die Erwartung, dass die künftige Bundeshauptstadt Frankfurt heißen würde. Außerdem hatte das Verwaltungsamt für Wirtschaft, der Vorläufer des Bundeswirtschaftsministeriums, seinen Sitz in Frankfurt.⁵

Bereits im Frühjahr 1947 gab es erste Überlegungen, die Geschäftsstelle wieder ins Zentrum der Politik zu verlegen. Allerdings war das Deutsche Reich zerfallen und in vier Besatzungszonen aufgeteilt, ein politisches Zentrum gab es nicht. Seit September 1946 war der Verwaltungsrat für Wirtschaft in Minden angesiedelt, folglich unterhielt der Fachverband bis Ende 1947 ein ‚Notbüro‘ in Minden⁶. Am 29. Mai 1947 beschlossen die amerikanischen und britischen Besatzungsmächte, den Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet nach Frankfurt zu verlegen⁷. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, dass der Verband seinen Sitz in Frankfurt nehmen sollte. Der Frankfurter Metallhändler Carl Ludwigsen (siehe 2.2.5), der viele Jahre die Fachuntergruppe Altmetalle leitete, merkte dazu an, dass der Fachverband eigentlich in die Börse, dem Sitz von Industrie und Handel gehöre⁸. In den folgenden Monaten begannen Ludwigsen und Dr. Müller sich intensiv um geeignete Räumlichkeiten in Frank-

furt zu bemühen. Im Januar 1948 musste Dr. Müller dann eingestehen: *„Meine Bemühungen, in Frankfurt einen Raum zu erhalten, sind trotz der freundschaftlichen Beziehungen, die ich dort zu den verschiedenen Firmen besitze, fehlgeschlagen, was darauf zurückzuführen ist, dass diese Firmen selbst durchweg räumlich äußerst beschränkt sind. Ich habe deshalb meine Fühler nach Wiesbaden ausgestreckt...“⁹*.

Auch in Wiesbaden war die Wohnungsnot zu dieser Zeit groß. Im Mai 1948 engagierte Dr. Müller deshalb eine neue Mitarbeiterin, Luise-Lotte Mayer, die



er nach Wiesbaden entsandte um die „*Verbindung zur Verwaltung für Wirtschaft aufrecht zu erhalten und gleichzeitig die Errichtung der Geschäftsstelle in Wiesbaden*“ zu fördern¹⁰. So kam es, dass die Geschäftsstelle Ende November ihren Sitz in Lautenthal aufgab und am 1. Dezember 1948 ein Zimmer im Fremdenheim Huber, Nerotal 14, Wiesbaden bezog¹¹. In dem Raum sollten 1 bis 2 Mitarbeiterinnen des Vereins von 9 Uhr morgens bis nachmittags 5 Uhr für den Geschäftsführer tätig sein. Die Miete betrug 6,-- DM täglich, zuzüglich 40 Pfennig für die Warmwasserheizung plus 10 Prozent für Bedienung. Dr. Müller bezog mit Frau und Tochter ein weiteres Zimmer im Fremdenheim¹².



NEUSTART IN DER JUNGEN BUNDESREPUBLIK: VORSITZENDER WILHELM KROLL UND GESCHÄFTSFÜHRER DR. MÜLLER

Allen Beteiligten war klar, dass das Fremdenheim nur eine erste Notlösung sein konnte, zumal fast das gesamte Inventar im Speditionslager Rettenmayer untergebracht werden musste¹³. Zum Glück lag bereits ein Angebot für eine 4-Zimmer-Wohnung in der Wielandstraße 4, III.Stock, in guter Gegend und nur sieben Gehminuten vom Bahnhof entfernt vor. Allerdings musste die Wohnung noch ausgebaut werden, wofür der Vermieter einen Baukostenzuschuss in Höhe von 7.000 DM forderte. Dr. Müller verwies in einem Vorstands Rundschreiben¹⁴ darauf, dass man ja bereits in einer Vorstandssitzung angeregt habe, sich einen notwendigen Betrag ggf. über eine Anleihe bei Mitgliedsunternehmen zu beschaffen. Er fragte deshalb per Rundschreiben an, „*ob sich die Herren Vorstandsmitglieder entschließen können, dem Verein je einen Betrag von DM 1.000 vorzuschießen*“. Anfang 1949 gab Vorsitzender F.H. Witthoefft grünes Licht, den Mietvertrag „*jetzt beschleunigt abzuschließen*.“¹⁵

Am 8. April 1949 wurde die Geschäftsstelle in der Wiesbadener Wielandstraße 4 bezogen, wo der VdM dann fast 20 Jahre – bis zum Umzug an den Kaiser-Friedrich-Ring 50 Ende Juni 1968 – seinen Sitz hatte.

Erschwert wurde die Verlegung der Verbandsgeschäftsstelle nicht nur durch die Wohnungsnot, sondern auch durch bürokratische Hürden der Besatzungsmächte. Wer umziehen wollte, brauchte eine Zuzugsgenehmigung. Während es Dr. Müller und seiner Familie gelang, eine solche Genehmigung für den Umzug von Lautenthal nach Wiesbaden zu erhalten, wurde sie einer Mitarbeiterin der Geschäftsstelle zunächst verwehrt.

Dr. Müller schrieb deshalb an den Hauptgeschäftsführer der IHK Wiesbaden mit der Bitte um Unterstützung: „*Eine besondere Komplikation ergibt sich aber jetzt dadurch, dass die hiesige Wohnungsbehörde den Zuzug für eine Schlüsselkraft des Büros, die insbesondere unseren Geschäftsapparat von Grund auf beherrscht und übersieht, die Buchhaltung und Kasse betraut, und außerdem bei der Herausgabe unseres Mitteilungsblattes wesentliche Mitarbeit leistet, abgelehnt hat.*“¹⁷

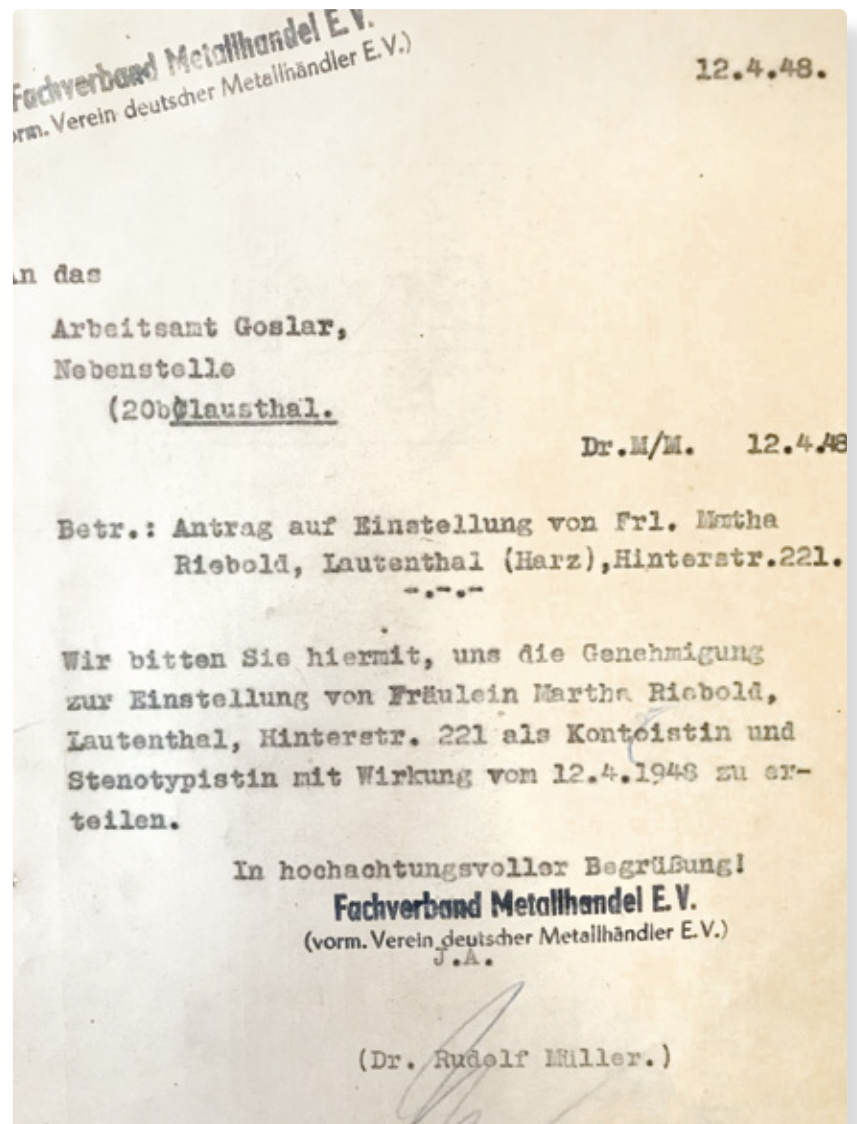
MARTHA RIEBOLD ETWA 30 JAHRE SPÄTER (1980)



Schon bei der Einstellung besagter Mitarbeiterin, Frl. Martha Riebold aus Lautenthal, war es bürokratisch zugegangen, denn der Fachverband musste beim Arbeitsamt Goslar, Nebenstelle Clausthal-Zellerfeld, einen Antrag auf Einstellung stellen, der schließlich zum 12.4.1948¹⁸ positiv beschieden wurde. Besagtes Frl. Riebold muss schließlich die Zuzugsgenehmigung nach Wiesbaden erhalten haben, denn sie war rund 35 Jahre eine tragende Säule der VdM Geschäftsstelle. Erst am 30. Juni 1983 schied sie, lange nachdem der Sitz des VdM zum 1.4.1979 nach Bonn verlegt worden war, aus den Diensten des Vereins aus.

Als 1952 der Vereinssitz Wiesbaden offiziell in die Satzung eingetragen werden sollte, formal war dort noch Lautenthal genannt, entspann sich hierüber noch einmal eine heftige Diskussion in der Mitgliederversammlung, denn insbesondere die Berliner Mitgliedsfirmen sahen Wiesbaden nur als Übergangslösung und hofften darauf, dass Berlin wieder rasch Vereinssitz

werden würde. „Wenn schon der Verein mit Rücksicht auf die Zeitumstände z.Zt. seinen Sitz nicht in Berlin haben könne, so müsse man zumindest verlangen, dass dort ein Trefftag der Mitglieder veranstaltet würde, um damit die Verbindung zum Berliner Metallhandel und Berlin überhaupt zu dokumentieren.“¹⁹ Wilhelm Kroll teilte daraufhin mit, dass der Vorstand ohnehin überein gekommen sei, den nächsten Trefftag in Berlin abzuhalten. Kurz darauf wurde der Antrag gestellt, die Geschäftsstelle von Wiesbaden in den westdeutschen Raum zu verlegen. Dieser Antrag wurde nicht nur aus Kostengründen sondern auch mit dem Argument abgelehnt, dass das Endziel für den Sitz der Geschäftsstelle ja Berlin sei „und daher eine zwischenzeitliche Verlegung wiederum nur eine Zwischenlösung sein könne.“²⁰ Ende Juni 1968 kam es dann zu einem Umzug innerhalb Wiesbadens in den Kaiser-Friedrich-Ring 50, wo für die seit 1948 bestehende Geschäftstellengemeinschaft von VdM und WVGM (siehe 3.9) mehr Platz zur Verfügung stand. „Außerdem wurde die Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Düngemittelgroßhandels e.V. in Bürogemeinschaft übernommen und hierdurch u.a. auch die Beschaffung neuer repräsentativer Räume für unseren Verein ermöglicht.“²¹



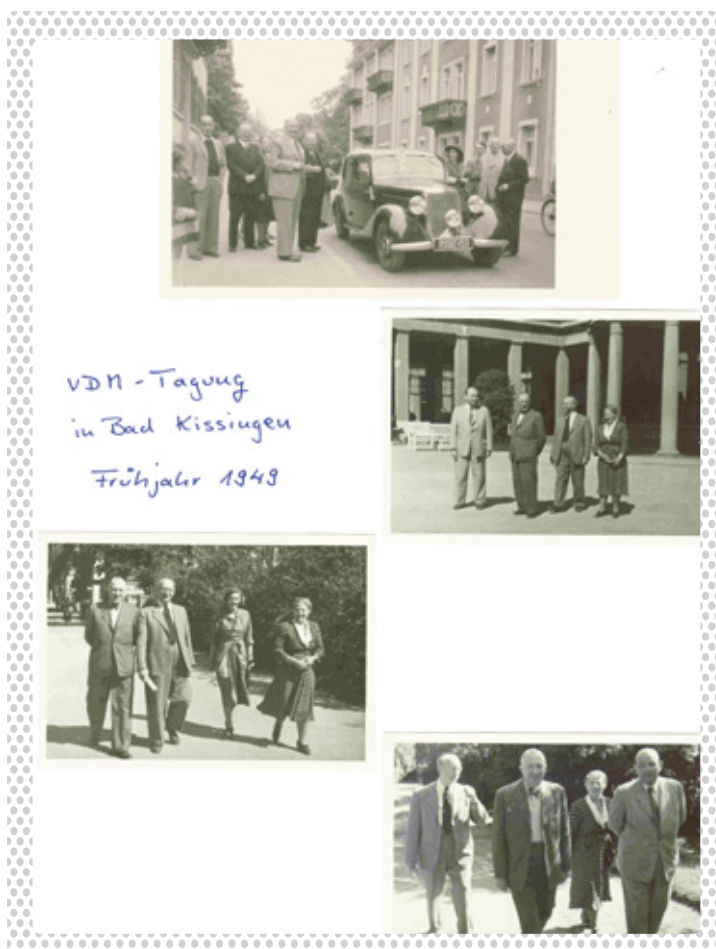
4.2

DIE ÄRA KROLL

Die erste ordentliche Mitgliederversammlung²² des VdM nach dem Krieg fand am 20. Mai 1949 im historischen Regentbau von Bad-Kissingen statt. Da der Vorsitzende Witthoefft widererwarten nicht pünktlich von einer USA Reise zurückgekehrt war, eröffnete Leo Bögemann als 1. Stellvertreter die Sitzung. Die Wirtschaftspolitik lag zu dieser Zeit noch in den Händen der Alliierten, oberste deutsche Behörde war das Verwaltungsamt für Wirtschaft. Dessen Direktor,

Prof. Dr. Ludwig Erhart, hatte ursprünglich zugesagt, an der VdM Mitgliederversammlung teilzunehmen, sandte dann jedoch folgendes Telegramm: „Übernahme eines Vortrages auf Tagung 20. Mai infolge anderweitiger Verpflichtungen leider unmöglich. Wünsche Veranstaltung vollen Erfolg. Bizonenwirtschaft Dr. Ludwig Erhard.“ Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Wahl eines neuen Vorstands. Mit großer Mehrheit wurde der Dortmunder Unternehmer Wilhelm Kroll zum neuen Vorsitzenden gewählt, er sollte dies Amt fast ein Vierteljahrhundert inne haben.

In den folgenden Jahren bestand eine Herausforderung darin, das bisherige System der staatlichen Metallbewirtschaftung (siehe 3.8) in ein marktwirtschaftliches System zu überführen. Ein Gesprächsforum hierzu war die durch das Fachstellengesetz vom 26. Mai 1949 ins Leben gerufene ‚Fachstelle II NE-Metalle‘ (später Fachstelle II/III Nichteisen- und Edelmetalle), die der Verwaltung für Wirtschaft (später dem Bundeswirtschaftsministerium) als nachgeordnete Dienststelle unterstellt worden war.²³ In diese Fachstelle wurden Vertreter der Behörden aber auch der Wirtschaft entsandt. Der VdM hatte hier bis zur Auflösung der Fachstellen im Jahr 1955 die Möglichkeit genutzt, durch fachkundige Vertreter beratend auf die Ministerien einzuwirken²⁴. Darüber hinaus war der VdM im Metallpreisausschuss des



MITGLIEDERVERSAMMLUNG MAI 1949 BAD KISSINGEN

Verein deutscher Metallhändler e.V.

Wiesbaden, Wielandstraße 4

(16) Wiesbaden, den 20. April 1949

An unsere Mitglieder

Sehr geehrte Herren!

Hiermit erlaube ich mir, Sie zu der
am Freitag, den 20. Mai 1949, vormittags 9.15 Uhr
in Bad Kissingen, im Regentenbau stattfindenden ordentlichen
Mitgliederversammlung einzuladen.

Im Auftrage des Vorstandes gebe ich der bestimmten Erwartung
Ausdruck, daß die Mitglieder vollzählig zu der Mitgliederversammlung
erscheinen werden, und ich bitte, möglichst umgehend mit dem bei-
liegenden Meldezettel die Anmeldungen bei der Geschäftsstelle
einzureichen.

In hochachtungsvoller Begrüßung!

gez. **Hans Ramms**

2. stellv. Vorsitzender

Verwaltungsamtes für Wirtschaft vertreten, in dieser Zeit wurden auch die ersten Preisbroschüren für die Verbandsmitglieder herausgegeben. Belastend für den Metallhandel waren die Verordnungen über Verwendungsbeschränkungen, beispielsweise für Kupfer und Zink.²⁵ Von einem freien, marktwirtschaftlichen Handel konnte noch keine Rede sein. Erst nach der Währungsreform im Jahre 1948 (siehe 3.10) gingen die Beschränkungen des freien Handels allmählich zurück. Die preisbindenden Vorschriften wurden aufgehoben (Zinn im Mai 1950, Kupfer im Juni 1950, Aluminium, Blei und Zink im August 1950)²⁶, die verschiedenen Verordnungen über Verwendungsbeschränkungen liefen in den Jahren 1952 und 1953 aus. Die letzte Vorschrift über die Metallbewirtschaftung, die ‚Verordnung über Verarbeitung,

Lieferung, Bezug, Vorratshaltung und statistische Erfassung von Nichteisen-Metallen‘ ist 1955 außer Kraft getreten.²⁷ In den Jahren zuvor hatte die LME den Handel mit Kupfer und anderen Metallen wieder aufgenommen und damit die Voraussetzung für eine transparente Preisbildung geschaffen.

Auch die Organisation des Metallhandels wurde in den fünfziger Jahren rasch angegangen. Das vereinsinterne Schiedsgericht wurde bereits im März 1948²⁸ geschaffen, im Mai 1950 folgte das Ehrengericht.²⁹ 1951 wurden die ersten Ausschüsse des Vereins „zur Unterstützung der Vorstandsmitglieder“³⁰ eingesetzt. Die Überarbeitung der Geschäftsbedingungen für den Metallhandel wurde 1954 abgeschlossen.³¹ Anfang 1954 trat der VdM dem 1948 gegründeten Weltverband Bureau International de la Récupération (BIR) bei, schon zuvor hatte man als Gast mitgearbeitet.³² Auf der Feier zum 50jährigen Bestehen des VdM im großen Saal des Kurhauses Wiesbaden am 25. Mai 1956 stellte Wilhelm Kroll schließlich erstmals das neue Verbandslogo vor: „Sie haben auf den Hinweisschildern für unsere heutige Tagung ein Vereinseblem gesehen. Der Vorstand hat wohl im Einvernehmen mit Ihnen allen beschlossen, dieses Vereinseblem künftig in unseren eigenen Vereinsschriften und Briefen zu führen“.³³

Die Metallmärkte der fünfziger Jahre litten unter internationalen Krisen, in erster Linie dem Korea Krieg. *„Seit Frühjahr 1950 begannen die Käufe von Regierungsstellen, insbesondere der USA, zur Anlegung bzw. Erhöhung strategischer Reserven ein wichtiger Faktor auf den Weltrohstoffmärkten zu werden. (...) Die großen Mengen, die die Vereinigten Staaten laufend und in neuester Zeit in erhöhtem Umfange der Kriegsrohstoffreserve zuführen sowie die verstärkten Käufe für Rüstungszwecke haben die Anspannung auf den Metallmärkten ausgelöst. (...) Zur Sicherung der Inlandsversorgung hat das Bundeswirtschaftsministerium vor einigen Wochen die Ausfuhr von NE-Metallen gesperrt.“*³⁴ Noch Mitte der fünfziger Jahre gab es einen US-amerikanischen Exportstopp für Kupfer, der den Markt extrem belastete.³⁵

Ein Dauerthema im VdM waren zahlreiche Steuer- und Zollfragen, wie beispielsweise die Bewertung von Schrotten, Klagen über uneinheitliche Handhabungen bei Betriebsprüfungen oder Diskussionen über zu erwartende große und kleine Steuerreformen. Insbesondere die geplante Einführung einer Mehrwertsteuer bereitete der Branche Sorgen. *„Aus der Vielzahl der Vorschläge ist insbesondere die sog. Mehrwertsteuer (...) in ernstzunehmender Diskussion.“*³⁶ Der VdM setzte sich für die Beibehaltung des damaligen Steuersystems ein – die Mehrwertsteuer kam trotzdem. 1967 zog man dennoch eine positive Bilanz: *„Die Umstellung des bisher umsatzsteuerfreien Metallhandels auf das neue Mehrwertsteuersystem ist (...) wohl verhältnismäßig reibungslos von statten gegangen.“*³⁷



MITGLIEDERVERSAMMLUNG 1955 BAD PYRMONT MIT VDM LOGO



4.2.1

WILHELM KROLL

Der westfälische Gastwirtssohn Wilhelm Kroll wurde am 12. Dezember 1894 in Dortmund geboren. Nach dem Besuch der Oberrealschule und der Höheren Handelsschule strebte er ein Handelshochschulstudium an. Voraussetzung hierfür war seinerzeit eine zweijährige, praktisch-kaufmännische Tätigkeit. Diese Ausbildung „brachte ihn erstmals in Berührung mit der Materie, oder wenn man so will, dem Material, das später sein ganzes Leben bestimmte – Metall.“³⁸ Von 1914 bis 1918 nahm er am 1. Weltkrieg teil. Nach kurzfristiger Wiederaufnahme seiner Tätigkeit bei der früheren Lehrfirma reifte dann aber sehr schnell der Entschluss sich selbständig zu machen. 1919 gründete der junge Kroll gemeinsam mit dem älteren, erfahrenen Metallhändler Wilhelm Raven die Firma WILHELM RAVEN. Sein besonderer Einsatz galt schon immer den allgemeinen Belangen des Berufsstandes, dem er sich mit Leib und Seele verschrieben hatte. In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg war Kroll sowohl in der Lautenthaler als auch in der Altenaer Gruppierung (siehe 3.11) aktiv und trug so wesentlich zur Wiederbegründung des VdM im Oktober 1948 bei. Für sein großes ehrenamtliches Engagement erhielt Wilhelm Kroll das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse sowie das Große Bundesverdienstkreuz am Bande. Kurz vor Vollendung seines 79. Lebensjahres starb er am 13. November 1973 in Dortmund.



VDM VORSITZENDER 1949 BIS 1973



DAS HANDELSBLATT EHRT WILHELM KROLLANLÄSSLICH SEINES 60. GEBURTSTAGS



WILHELM KROLL, SONDERNUMMER „DER METALLHANDE“ ZUM 60. GEBURTSTAG

4.2.2

DR. SCHRÖDER UND DR. DIETZ

Am 25. März 1952 verstarb überraschend Dr. Rudolf Müller (siehe 2.2.6) an den Folgen eines Schlaganfalls. Der langjährige Geschäftsführer war seit 1923 für den VdM tätig und führte diesen durch Weimarer Republik, Drittes Reich und Alliierte Besatzung bis in die Bundesrepublik Deutschland hinein. Sein plötzlicher Tod hinterließ eine große Lücke, die nun rasch gefüllt werden musste.



GESCHÄFTSFÜHRER 1952 BIS 1977

Die Suche nach einem geeigneten Nachfolger nahm zunächst einige Zeit in Anspruch. Neuer Geschäftsführer wurde schließlich der am 4. Februar 1914 in Nikolaiken / Westpreußen geborene Dr. Herbert Schröder. Nach seinem Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften trat er 1938 als Direktionsassistent in die kaufmännische Leitung der Hirsch Kupfer und Messingwerke AG Berlin ein, 1940 wurde er Handlungsbevollmächtigter. In dieser Zeit vertrat er das Unternehmen in nationalen und internationalen Verbänden und arbeitete in mehreren Arbeitsausschüssen der Metallwirtschaft mit. 1944 kämpfte er als Soldat an der Ostfront. Nach dem 2. Weltkrieg wirkte er zunächst im Kupferwerk Ilsenburg im Harz, bevor er die DDR verließ und in die Bundesrepublik Deutschland wechselte. Nach vorübergehender selbstständiger Vertretertätigkeit trat er am 1. September 1952 als Ge-

schäftsführer in den VdM ein, im März 1961 wurde er Hauptgeschäftsführer des Verbandes. Er war zugleich Geschäftsführer der Wirtschaftlichen Vereinigung Großhandel Metallhalbfabrikate (siehe 3.9) und korrespondierendes Redaktionsmitglied der Zeitschrift METALL. In den letzten Jahren war er zunehmend auch auf internationalem Gebiet tätig, so als Leiter des Verbindungskomitees des NE-Metallhandels für die EWG (siehe 4.2.6). Am 31. März 1977 schied Dr. Schröder aus den Diensten des VdM aus, er starb am 18. Dezember 1988³⁹.

Aus den Akten ist ersichtlich, dass auch während der Vakanz in der Geschäftsführung der Geschäftsstellenbetrieb routiniert fortgeführt wurde. *„Nur dadurch, dass Herr Kroll die Hauptlast der Arbeit auf sich genommen habe, seien die Dinge ordnungsgemäß weitergegangen“*, ist im Protokoll der VdM Mitgliederversammlung vom 10. Oktober 1952 nachzulesen. Eine wichtige Rolle spielte aber auch, dass Dr. Müller seine Geschäftsstelle gut organisiert hatte und seine rechte Hand

BADEN-BADEN 1955.
VORSTAND: PAPE, SCHUMANN, BÖGEMANN,
QUAST, DR. SCHRÖDER, KROLL, DR. DIETZ.

Martha Riebold im Tages-
geschäft bewandert war.

Das neben dem Hauptge-
schäftsführer Dr. Schrö-
der noch ein weiterer Ge-
schäftsführer eingestellt
wurde, war einem Zufall
zu verdanken. Es war der
Wunsch von Dr. Müller
gewesen, Unterstützung

durch einen Assistenten zu finden. Der junge Rechtsanwalt Dr. Ferdinand Dietz gewann das Auswahl-
verfahren, so dass Dr. Müller am 22. März 1952 an Dr. Dietz schrieb⁴⁰: „Wir teilen Ihnen hierdurch mit, dass
unser Vorstand beschlossen hat, Sie als Assistent für unseren Geschäftsführer einzustellen (...) wir sind grund-
sätzlich damit einverstanden, dass Sie Ihre Tätigkeit bei uns erst mit Wirkung zum 15. April d. Js. aufnehmen,
zumal der Unterzeichnete in der ersten Hälfte des Aprils verreist sein wird.“ Zu der geplanten Reise kam es
nicht mehr, denn nur drei Tage nach dem Verfassen des Briefes starb Dr. Müller. Dr. Dietz trat dennoch
pünktlich seinen Dienst an und musste nun spontan das Ruder übernehmen. Offenbar sah der Vorstand
in dem jungen Mann aber noch nicht den Nachfolger für Dr. Müller, denn er wirkte zunächst wie vorge-
sehen als Assistent, bevor er 1955 Stellvertretender Geschäftsführer und im März 1961 Geschäftsführer
wurde.

Dr. Dietz wurde am 6. April 1920 in Bayreuth geboren und nach seinem Abitur zur Wehrmacht eingezogen.
Er war in Frankreich, Jugoslawien und Dänemark als Funker und Fernschreiber eingesetzt. Von Novem-
ber 1943 bis Oktober 1944 wurde er für ein Physik/Chemie-Studium vom Wehrdienst beurlaubt. Während

seines dreijährigen Aufenthaltes in Frankreich war er zeitweise als
Truppendolmetscher eingesetzt. Nach Entlassung aus englischer
Kriegsgefangenschaft begann er ein Jurastudium in Tübingen,
das er durch journalistische Tätigkeiten und Übersetzungen aus
französischen Zeitschriften finanzierte.⁴¹ Dank seiner in dieser Zeit
erworbenen Sprachkenntnisse fiel es ihm später leicht, für den Me-
tallverein den Weg in das damals neu entstehende Europa vorbe-
reiten. So nahm er sich in besonderem Maße der Verbindung mit
der LME an. Bedingt durch die Verlegung der Geschäftsstelle von
Wiesbaden nach Bonn trat Dr. Dietz am 30. November 1978 vorzei-
tig in den Ruhestand. Im Rahmen eines Beratervertrages betreute
er bis Ende Mai 1979 die Abwicklung der Geschäftsstelle in Wies-
baden. Dr. Dietz starb am 2. Mai 2014 in Oberammergau.



GESCHÄFTSFÜHRER 1952 BIS 1978

4.2.3

DER VDM UND DIE LONDONER METALLBÖRSE

Die Errichtung von Metallbörsen in Deutschland war eines der Ziele des VDM bei seiner Gründung (siehe 1.3) im Jahr 1908. Obwohl sich die Metallbörsen in Berlin (siehe 1.5) und Hamburg (siehe 1.6) letztlich als nicht besonders erfolgreich erwiesen hatten – was vielleicht auch an den politischen Rahmenbedingungen dieser Zeit gelegen hatte – bestand der Wunsch nach ihrer Reaktivierung noch in den fünfziger Jahren fort. Im Protokoll der VdM Mitgliederversammlung vom 20. Mai 1955 ist hierzu nachzulesen:

„Zur Frage der Errichtung einer deutschen Metallbörse erklärt Herr Naumann, dass man sich bereits seit zwei Jahren mit den Vorarbeiten zur Errichtung einer deutschen Terminbörse befasst habe. Früher sei an der Metallbörse in Berlin die gesamte Volkswirtschaft interessiert gewesen, heute sei jedoch die Kulisse für eine Börse hier in Deutschland nicht vorhanden. Es sei weniger ein finanzielles Problem, das augenblicklich der Errichtung einer Börse entgegenstehe, als vor allem die Schwierigkeiten, etwa 5.000 t Kupfer auf Vorrat zu legen. Zum anderen fehle es nach der vorhergegangenen längeren Zwangspause an dem entsprechenden börsengeschulten Personal. Dessen ungeachtet müsse die Errichtung einer deutschen Metallbörse weiterhin ein erstrebenswertes Ziel bleiben. Der deutsche Metallhandel müsse anstreben, in den nächsten Jahren einen Kupferfonds von 5.000 bis 6.000 t zu schaffen, und dann schließlich müssten sich die Firmen finden lassen, die der wiedererstandenen Börse eine ständige Pflege garantieren.



RINGHANDEL AN DER LME, RECHTE: LME

Herr Bögemann erklärt noch zu dieser Frage, dass die an einer Metallbörse besonders interessierten Hamburger Firmen bereits Fühlung aufgenommen hätten. Da sich aber nur einige wenige Firmen interessiert gezeigt hätten, sei es augenblicklich ausgeschlossen, eine Börse zu errichten. Wenn selbst die Londoner Metallbörse in den letzten Jahren gewisse Mängel gezeigt habe, so sei es augenblicklich nicht zweckmäßig, in Deutschland eine Börse zu eröffnen, von der man schon von vornherein ein nicht einwandfreies Funktionieren erwarte.“

Letztlich verstummte die Diskussion, die Metallbörsen in Berlin und Hamburg waren Geschichte. Längst hatte sich die Londoner

Metallbörse (LME) als führende Metallbörse der Welt etabliert. Der VdM setzte sich deshalb schon frühzeitig intensiv für eine Wiederzulassung deutscher Firmen zur Londoner Metallbörse ein. 1953 wurde dies für die Absicherung von Einfuhrgeschäften ermöglicht, ab 1954 konnten deutsche Firmen auch Metalle, die sich bereits im Inland befanden, gegen Preisschwankungen börsenmäßig an der LME absichern.



HEINRICH PETERS, GRÜNDUNGS-
VORSITZENDER DES VDM-BÖRSEN-
AUSSCHUSSES

Am 26. April 1962 beschloss der VdM-Vorstand einen Arbeitsausschuss Metallbörse (AMB) einzurichten, die erste Sitzung fand 1963 statt. Heinrich Peters (Westmetall Peters & Co, Wuppertal), war der

erste Leiter dieses Gremiums. Von Anfang an nahmen führende Repräsentanten der LME, wie der damalige Chief Executive Richard Powel, an den Sitzungen des Börsenausschusses teil. Gelegentlich waren die Sitzungen auch mit Besichtigungen verbunden, so 1965 bei der Norddeutschen Affinerie in Hamburg oder 1966 im Hafen von Rotterdam. Heinrich Hoeren (Wilhelm Grillo Handelsgesellschaft, Duisburg) gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Börsenausschusses. Anlässlich des 25jährigen Bestehens des AMB stellte er 1988 fest, „dass die geleistete Arbeit in diesem Gremium das Verständnis der Mitglieder für die Fragen um die Börse gefördert, die Dialogfähigkeit mit der Börse verbessert und die Einflussmöglichkeiten des Vereins auf die Entwicklung

in London erhöht hat.“ Bis heute ist der Börsenausschuss eine der tragenden Säulen des VDM. Die LME ist längst, wie auch die CME-Group mit ihrer Metallbörse Comex in New York, Mitglied im VDM.

Die Geschichte der Londoner Metallbörse wurde maßgebend durch die frühere Rolle Englands als Motor der industriellen Revolution bestimmt. Diese Geschichte begann nicht erst, wie man glauben könnte, um 1900 sondern bereits einige hundert Jahre früher. Die ältesten dem Menschen bekannten Metalle sind Kupfer und Zinn. Man erkannte recht schnell, dass man durch eine Legierung dieser beiden Metalle die vielseitig verwendbare Bronze gewinnen konnte. Die Zinnproduktion in Cornwall wurde ein wichtiges Element für den englischen Handel mit den Staaten des Mittelmeers. Englands Bedeutung im Mittelalter war nicht zuletzt auf den regen Warenaustausch mit dem europäischen Festland zurückzuführen, vor allem Kupfer, Blei und Zinn wurden jahrhundertlang exportiert. Mit der beginnenden industriellen Revolution im 19. Jahrhundert allerdings änderte sich das Bild schlagartig. England wurde Industrienation, sein Verbrauch an Rohstoffen stieg stark an. Plötzlich mussten fast alle Metalle außerhalb Europas beschafft werden, um dem gestiegenen Bedarf der vielen Fabriken gerecht zu werden. Das rapide Wachstum der verarbeitenden Industrie während des 19. Jahrhunderts veränderte England in ein Land, dessen Metallkonsum deutlich höher als die Produktion war. Zinn wurde nun Importmetall und kam vor allem aus Malaysia, Kupfer wurde aus den neuen Minen in Chile beschafft. Eine ähnliche Entwicklung setzte im Deutschen Reich ein, auch dort war der Rohstoffhunger stark angewachsen.

Bereits 1571 beschäftigten sich Händler an der Royal Exchange in London mit dem Han-

del von Metallen, wohl aber eher im Rahmen von individuellen Gesprächen die in den Räumen der Börse stattfanden. Erst 1877 begann man eine eigene Metallbörse in London zu formen. Robert Gibson-Jarvie beschreibt die Anfänge der LME in seinem Buch „Die Londoner Metallbörse“ (1976) so:

„Eine Zeitlang hatten sich die Metallhändler in London im Jerusalem Coffee House in der Nähe von Cornhill getroffen, als notwendige Ergänzung zu ihren regelmäßigen gegenseitigen Besuchen in ihren eigenen Büroräumen. Eine Art von Zentralstelle wurde notwendig, wenn auch zu jener Zeit allein zum Zwecke des Informations- und Meinungsaustausches. Zusammen mit Vertretern vieler anderer Warenmärkte betrieb man auch eine Weile seine Geschäfte in einem der Wandelgänge der Royal Exchange. Dann beschlossen die Metallhändler 1869 einen eigenen Treffpunkt einzurichten. Bis zum Ende des Jahres trafen sie sich regelmäßig im Newsroom der neu eröffneten Lombard Exchange. Die Verhältnisse dort waren aber alles andere als optimal. Zum einen war es sehr eng, zum anderen kritisierten viele Marktteilnehmer die Art und Weise der Preisfestsetzung. Der Handelsplatz London hatte für die Metallwirtschaft eine gewisse Bedeutung gewonnen, man wollte deshalb die Preise transparent und repräsentativ festsetzen. Die Preisfixierung und der Handel mit Metallen war zu dieser Zeit noch recht planlos. Verschiffszeiten variierten, Informationen waren spärlich und die Märkte zwanglos. Zwei externe Faktoren brachten schließlich Ordnung in diese Situation: Die Entwicklung des Dampfschiffes – verbunden mit der Öffnung des Sues-Kanals – und die Einführung des Telegraphen.

1876 gründeten Kaufleute die London Metal Exchange Company mit eignen Geschäftsräumen im Lombard Court, im Januar 1877 fand dort die erste Zusammenkunft der Händler und Makler statt. Allerdings hatte der Handel zunächst noch keine feste Struktur. Die Mitglieder schlossen weiterhin Geschäfte ab, in kleinen Gruppen oder einzeln untereinander verteilt in verschiedenen Teilen des Raums. Die Unzulänglichkeit dieser Art des Handels, sowohl was die Schnelligkeit wie auch die offene – und daher wahrscheinlich ehrlichere –



KUPFERHANDEL IM RING (1950) RECHTE: LME

Abgabe von Gebots- und Angebotspreisen betraf, trat bald zutage. Diejenigen, die in Kupfer und Zinn handelten, den beiden Hauptmetallen, die sich auch am besten für einen in Standardmengen und -qualitäten genormten Handel eigneten, schufen sehr bald einen Ring, wie er schon in einigen anderen Warenmärkten bestand. Einer von ihnen pflegte ein Stück Kreide aus seiner Tasche zu ziehen, einen großen Kreis auf den Boden zu zeichnen, und alle versammelten sich ringsum an verschiedenen Stellen, die schnell zu Stammplätzen wurden. Damit war das Grundprinzip der LME etabliert, die anderen Metalle zogen mit der Zeit nach".

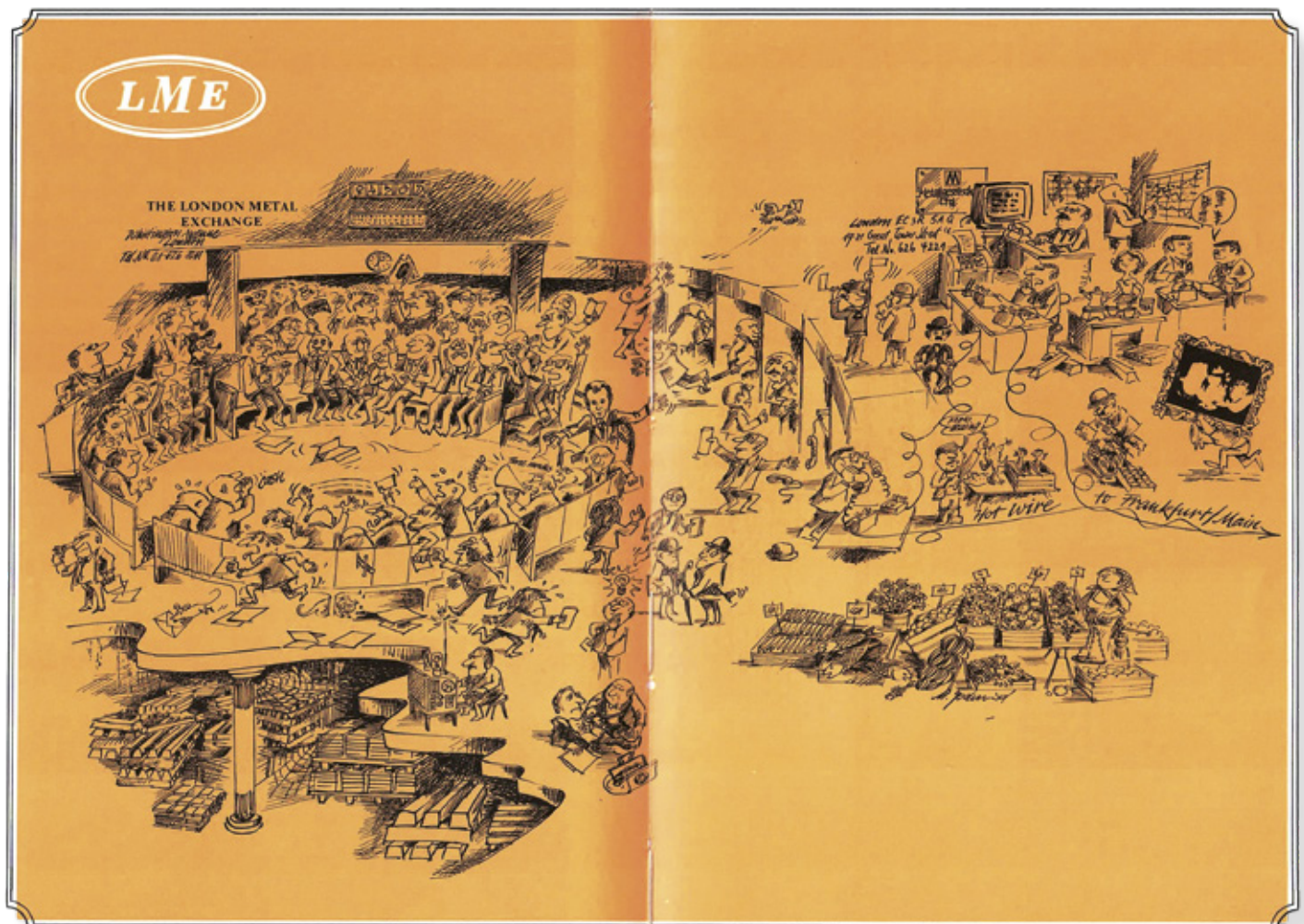
In der rund 150jährigen Geschichte der LME gab es immer wieder Veränderungen. Neue Kontrakte, wie beispielsweise Silber, wurden eingeführt und wieder aufgegeben. Die LME etablierte wichtige Sicherungssysteme wie das Clearing House und führte den erfolgreichen

elektronischen Handel LME-Select ein. Mit der Zeit veränderte sich die Zahl der Ringmitglieder ebenso wie die Gesellschafterstruktur, seit 2012 gehört die LME zur Hong Kong Exchange and Clearing Limited (HKEx). Gesellschaftlicher Höhepunkt ist das jährliche LME-Dinner in London, an dem zumindest die Herren ganz traditionell im Smoking teilnehmen.



LME DINNER 2014

SO SAH DIE FRÜHERE METALLGESELLSCHAFT HUMORVOLL IHRE ZUSAMMENARBEIT MIT DER LME (CA 1975). RECHTE:MG



4.2.4

DIE SOWJETZONE GEHT IHREN EIGENEN WEG

Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 und der DDR am 7. Oktober 1949 wurde die Situation der Berliner Metallhändler nicht einfacher. Formal hatte Berlin einen Viermächtestatus, in der Realität war die Teilung der Stadt aber längst vollzogen. Spätestens ab November 1950 konnten zumindest die Westberliner Metallhändler Mitglied im VdM werden, denn die Alliierte Hohe Kommission (Vertretung der Besatzungsmächte) hatte der Bundesregierung am 30. Oktober 1950 eine Note zugehen lassen, aus der ersichtlich war, dass in dem Erwerb der Mitgliedschaft von Westberliner Firmen bei Wirtschaftsverbänden, die in der Bundesrepublik registriert seien, kein Verstoß gegen alliierte Bestimmungen zu erblicken sei.⁴⁵

Der Metallhandel in der Sowjetzone (ab 7.10.1949: DDR) inkl. Ostberlin ging bereits seit Kriegsende einen eigenen, von der Sowjetunion vorgegeben Weg. Die dortigen Mitglieder konnten nicht Mitglied im VdM werden, später wurden sie größtenteils enteignet und in ‚Volkseigene Betriebe‘ (VEB) umgewandelt.

”

Ein Beispiel: „Nach Kriegsende ist der in der Ostzone liegende Besitz der Mansfeld AG für Bergbau- und Hüttenbetrieb enteignet worden. Auch die Kupfer- und Messingwerke in Hettstedt sind in russischen Besitz übergegangen.“

“

Der Firmensitz wurde deshalb 1949 nach Hannover verlegt, um „die Einsprüche gegen die in der Ostzone getroffenen Maßnahmen zu verfolgen und die im Westen gelegenen Vermögenswerte zu verwalten.“⁴⁶

Akute Probleme gab es im Tagesgeschäft zwischen (West-)Berliner Metallhändlern und Unternehmen in Westdeutschland, denn alle Metalltransporte mussten aufgrund der politisch-geographischen Lage

Berlins zwangsläufig durch das Gebiet der Ostzone transportiert werden. An der Zonengrenze kam es dabei immer öfter zu willkürlichen Beschlagnahmen von Metallen. Auf der VdM Mitgliederversammlung am 19. Mai 1950 berichtet im Namen der Berliner Metallhändler Edgar Sachs über die aktuelle Lage. Im Protokoll⁴⁷ der damaligen Versammlung heißt es wörtlich:

„Von den Inhabern einiger Mitgliedsfirmen, die an der Lieferung der an der russischen Zonengrenze beschlagnahmten Metalle beteiligt seien, sei er scharf angegriffen worden, weil sich der Berliner Metallhandel in dieser Angelegenheit nicht gerührt habe. Das sei aber unzutreffend, denn die Berliner Metallhändler hätten sich anlässlich der ersten Beschlagnahme sofort an alle in Betracht

kommenden Stellen gewandt. Dem Westberliner Magistrat sei es jedoch verboten, mit Stellen des Ostsektors zu verhandeln. Der Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Herr Dr. Kaumann, habe ebenfalls bedauert, nicht eingreifen zu können, da das Interzonenabkommen nur für Lieferungen zwischen Westdeutschland einerseits und dem Berliner Ostsektor sowie der Ostzone andererseits, nicht aber zwischen Westdeutschland und Großberlin (West) gelte. Man sei dann weitergegangen und habe die Alliierten in jeder Form attackiert, habe sich auch an die Bundesregierung in Bonn gewandt, dem Bundeskanzler Dr. Adenauer

habe man persönlich telegraphiert und an allen Stellen versucht, eine Freigabe der in Marienborn lagernden Metallsendungen zu erwirken. Die Beschlagnahme sei in allen Fällen willkürlich und mit fadenscheinigen Begründungen erfolgt, so z.B., dass Metallstücke in Aktentaschengröße aus der Ostzone in Aktentaschen nach Westberlin geschmuggelt worden seien, dass Remeltedzink mit der Prägung WH aus Wehrmachts- und Heeresbeständen stammten usw. Es handle sich um Metalle im Gesamtwert von 1,2 Millionen DM und um mindestens 30 Schrottkähne (Zuruf: 80 Kähne!), die festgehalten würden.

Herr Sachs weist darauf hin, dass Lieferungen zwischen Großberlin (West) und Westdeutschland sowie auf dem umgekehrten Wege dem Pariser Abkommen unterlägen und grundsätzlich frei seien. Die Möglichkeiten für die Berliner Metallhändler seien jetzt erschöpft, nachdem die Westalliierten sogar bis Washington weitergegangen wären, das aber bis Pfingsten nichts unternehmen wolle. Auch die Versicherungsgesellschaften lehnten eine Deckung der durch die Beschlagnahme erfolgten Ausfälle ab. Eine Hilfe sei jetzt nur noch denkbar, wenn der Verein deutscher Metallhändler e. V. dieses Problem aufgreife.

Der Vorsitzende versichert, dass ihm die Schwierigkeiten der Berliner Kollegen, und deren Anstrengungen um einen ungehinderten Warenverkehr, wohl bekannt seien. Es sei ein Akt der Dankbarkeit, die Berliner in Ihren Bemühungen zu unterstützen. Er bitte den Leiter der Abwicklungs- und Überleitungsstelle, Gruppe NE- und Edelmetalle, Herrn Dipl.-Ing. Herttrich, sich dieser Frage anzunehmen, und bedauere, dass der Leiter des Referates NE-Metalle im Bundeswirtschaftsministerium, Herr Dr. Vaeth, nicht anwesend sei, um auch mit diesem alle Möglichkeiten zur Lösung des Problems beraten zu können.



Die Zusammenarbeit werde von ihm auch in Zukunft auf das intensivste gefördert werden. Wie bisher in der Fachstelle, so werde auch in der künftigen Bundesstelle der Handel durch prominente Mitglieder in den Beiräten vertreten sein, auf deren Mitarbeit man keinesfalls verzichten könne. Im stillen sei manche mühsame Arbeit geleistet worden, ehe das erreicht worden sei, was heute bestehe.

”

Herr Dipl.-Ing. Herttrich betont einleitend die traditionelle Verbundenheit, die sich in den regelmäßigen Einladungen seiner Dienststelle zu den Versammlungen des Vereins deutscher Metallhändler e. V. ausdrücke.

“

Der Redner führt weiter aus, dass ihm die Schwierigkeiten im Interzonenhandel hinreichend bekannt seien. Die Versammlung wisse, dass von seiner Dienststelle seit einiger Zeit kaum noch Genehmigungen für Lieferungen nach dem Osten erteilt worden seien. Im Interzonenhandel tauchten Personen auf, die nicht nach seinem Geschmack seien. Der Metallgroßhandel solle mit dazu beitragen, dass der Interzonenhandel in legale Hände übergehe. Er gebe zu, dass die Handhabung der Anträge auf Lieferungen in die Ostzone bzw. deren Ablehnung häufig in Kreisen der Mitglieder kein Verständnis gefunden und zu Beschwerden beim Ministerium geführt habe.

Wenn vorgeschlagen werde, man solle die ungesetzlichen Beschlagnahmefälle mit gleicher Münze heimzahlen, so müsse er dem entgegenhalten, dass es sich bei der ganzen Angelegenheit mehr um ein politisches Problem als um eines der Verfügbarkeit der Metalle handle. Er hoffe aber, dass sich die Situation entspannen werde, und der Warenverkehr in Zukunft in beiden Richtungen unge-

hindert fließen könne. Der Vorsitzende dankt für die Ausführungen und versichert, dass sich der Metallhandel auch weiterhin gerne zur Mitarbeit zur Verfügung stelle.

Herr Biskupek bestätigt die Ausführungen von Herrn Sachs und fragt an, was bisher seitens des Vereins in der Frage der Beschlagnahmen unternommen sei, worauf der Vorsitzende erwidert, dass bisher eine solche Möglichkeit nicht bestanden habe, da man erst das Ergebnis der von den Berliner Metallhändlern eingeleiteten Schritte hätte abwarten müssen. Jetzt habe man die Hände für eigene Maßnahmen frei. Er habe sich an Herrn Herttrich mit der Bitte gewandt, die Angelegenheit im Fachbeirat zu besprechen.

Dieser bestätigt, dass er die Frage der Beschlagnahme von Metallen aus Berlin (West) aufgegriffen habe und mit allen in Frage kommenden Dienststellen in engster Verbindung stehe. Ein Erfolg habe nicht erreicht werden können, da es sich um eine politische Angelegenheit handle, die auf höchster Ebene entschieden werde. Man müsse also abwarten, was die politische Entwicklung in den nächsten Wochen und Monaten bringe.“

Diskutiert wurde letztlich die Frage, ob aufgrund des Berlin-Hilfe-Gesetzes, das eine Garantiesumme von 50 Millionen DM vorsah, die mit der Verwaltung dieser Mittel beauftragte Hermes Kreditversicherungsgesellschaft für derartige Schäden aufkommen könne.⁴⁸

”

Das Ergebnis war letztlich mehr als unbefriedigend, den „der Bundeswirtschaftsminister, Herr Prof. Erhard, solle auch persönlich die Auffassung vertreten haben, dass die Einbeziehung der Altmetall-Lieferungen in die Bundesgarantie nicht in Frage komme.

“



Im Übrigen hätten sich die Alliierten mit der Frage der Metallbeschlagnahmen befasst (...) hätten jedoch wegen der ‚relativ geringfügigen Mengen‘ ein Einschreiten gegen die Beschlagnahmen abgelehnt. Es handele sich um eine Frage auf politischer Ebene, bei der Niemand Neigung verspüre, etwas zu unternehmen.“⁴⁹

Deutschland war Spielball der Weltmächte, der Einfluss des

VdM hierauf naturgemäß sehr gering. Trotzdem zeigte sich der Verein solidarisch. 1952 gab Wilhelm Kroll auf der Mitgliederversammlung „eine durch den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen an unseren Verein herangetretene Bitte bekannt, durch eine Spende die Not der Sowjetzonenflüchtlinge mildern zu helfen. Der Vorstand schlage der Mitgliederversammlung vor, eine Umlage von DM 10,-- pro Mitglied zum Zweck der Weiterleitung an das Ministerium als Spende für die Sowjetzonenflüchtlinge zu beschließen. Daraufhin beantragt Herr Stähler, nicht DM 10,-- sondern DM 20,-- als Umlagebetrag für diesen Zweck zu erheben.“⁵⁰ Der Antrag wurde sodann von der Mitgliederversammlung einstimmig angenommen. Natürlich gab es auch hierzu kritische Stimmen. Der Metallhändler Heinzelmann weigerte sich, die von der Mitgliederversammlung beschlossene Umlage zu zahlen, da „der Verein gemäß seinen Statuten und Satzungen einen durchaus unpolitischen Charakter zu wahren hat.“⁵¹ Die Erwiderung des VdM war deutlich: „Ihre Ansicht, dass es sich hierbei etwa um eine politische Demonstration handele, dürfte bei Würdigung aller Umstände nicht ganz zutreffend sein, es sei denn, man sehe in der Unterstützung hilfsbedürftiger Menschen eine politische Demonstration. Unseres Erachtens ist es doch wohl mehr ein Ausfluss menschlicher Hilfsbereitschaft.“⁵²

4.2.5

WIRTSCHAFTSWUNDERJAHRE

Trotz aller Tagessorgen, die fünfziger Jahre waren die Zeit des Wirtschaftswunders. So heißt es schon im VdM Geschäftsbericht von 1954 überschwänglich: „Im Laufe des Jahres 1954 setzte sich eine Wirtschaftskonjunktur durch, die man als kräftigste und stärkste seit der Währungsreform bezeichnen kann“. Ein Jahr später hieß es, im Jahre 1955 habe sich der Konjunkturaufschwung in allen Bereichen der Wirtschaft noch intensiver als in den Vorjahren festgesetzt. Den Zeitgeist in den Wirtschaftswunderjahre beschreibt Dr. Ferdinand Dietz⁵³ so:

„Nachdem die ersten Trümmer des Krieges beseitigt waren, befand die Gesellschaft, dass es nun an der Zeit wäre, Luft zu holen und die durch den Krieg verlorenen Jahre wieder aufzuholen, um wieder Anschluss zu finden an die zwanziger Jahre der Weimarer Republik. Symbol dafür ist der Stresemann Anzug (gestreifte Hose, graue Weste, schwarzer Sakko), der bei vormittäglichen offiziellen Veranstaltungen des Metallvereins üblich war. Kein Wunder, dass der gesellschaftliche Teil der Mitgliederversammlung von hervorragender Bedeutung war. Die Damen trugen beim Gesellschaftsabend lange Ballkleider und viel Schmuck, die Herren erschienen zumeist in Smoking und auch einige Fracks waren zu bestaunen. Damals waren Stars und hervorragende Tanzkapellen noch bezahlbar. In den sechziger Jahren verschwand der letzte Zylinder. Getragen wurde er bei der Beerdigung unseres langjährigen Präsidenten Wilhelm Kroll. Der Zylinderträger meinte damals verärgert, „das war mein letzter Zylinder, denn zweimal bin ich angesprochen worden, ob ich der Leichenträger sei“.

Delikatessen aller Art spielten in den fünfziger Jahren eine große geradezu symbolische Rolle – auch beim



VDM MITGLIEDERVERSAMMLUNG 1950 IN BAD WILDUNGEN

Metallverein. Bei den Geburtstagsfeiern, die damals häufig und gern begangen wurden, war das gebotene Buffet von feinster Art, reichlich bedacht mit Hummer und Kaviar. Als Getränk nach den Vorträgen oder Feiern wurde Whisky gewählt, vielleicht in Auswirkung der Londoner Metallbörse, der damals eine steigende Bedeutung zukam. Die großen Metallgeschäfte wurden oft zu später Stunde in den Bars geordert, wobei man die alkoholische Widerstandskraft des Metallmenschen bewundern konnte.

Eine eigenartige Symbolkraft kam damals beim Metallverein der Zigarre zu. Vom Geschäftsführer wurde sorgfältig eine Kiste mit feinsten Zigarren verwaltet, die dann jeweils bei der Vorstandssitzung den Herren zur Verfügung gestellt wurden. Den vortragenden Referenten bei der Mitgliederversammlung, die meist dem Metallreferat des Wirtschaftsministeriums entstammten, wurde diskret nach feiner englischer Art mit einer Kiste edler Zigarren gedankt. Mit vielem was die gesellschaftlichen Vereinssitten der fünfziger Jahre betraf, verschwanden auch die Zigarrensitten in den sechziger Jahren“.

4.2.6

DER VDM UND EUROPA



SEKTEMPFANG ANLÄSSLICH DER BIR GENERALVERSAMMLUNG IN WIESBADEN. VDM-GESCHÄFTSFÜHRER DR. DIETZ (MIT BRILLE)

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts war Verbandsarbeit bis auf einige Ausnahmen eher eine nationale Angelegenheit. Eine Neuausrichtung erfolgte erst Anfang der fünfziger Jahre, als Konrad Adenauer, Robert Schuman und andere Politiker begannen, gemeinsam eine europäische Nachkriegsordnung zu schaffen. Den Anfang machte die 1951 gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die sich später zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) weiterentwickelte, aus der letztlich die heutige Europäische Union hervorging.

Die EWG – Chancen und Herausforderungen

Am 25. März 1957 wurde mit Unterzeichnung der Römischen Verträge die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet. Dies bedeutete für die deutsche Wirtschaft in vielen Bereichen eine völlige Neuorientierung, mit der sich auch der

VdM über Jahre befassen musste. „Im Vordergrund standen unter dem Gesichtspunkt des gemeinsamen Außenzolltarifs ab 1. Januar 1961 Zollfragen im Zusammenhang mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.“⁵⁴ Der VdM war offenbar skeptisch, denn Wilhelm Kroll betonte: „Mit dem 1. Januar ds. Js. sind wir in eine völlig neue wirtschaftliche und damit auch politische Epoche Europas eingetreten. Ihre Entwicklung vermögen wir heute noch nicht annähernd abzuschätzen. Ich gebe es offen zu, dass der deutsche Metallhandel dem Neuen mit einer gewissen Skepsis gegenüberstand und bis heute auch noch gegenübersteht.“⁵⁵ Vier Jahre später hieß es: „Wir befinden uns mitten in einem wirtschaftlichen und politischen Umbruch mit gewissen Vorteilen, aber auch mit allen Nachteilen und Erschwernissen, die derartige Zeiten unvermeidbar mit sich bringen.“⁵⁶ Beklagt wurde schon damals die Brüsseler Bürokratie, aber auch die Zollpolitik der EWG. Zwar wurden die Zölle innerhalb der Gemeinschaft mit der Zeit liberalisiert, gegenüber Drittländern gab es dagegen offenbar in Brüssel das Bestreben, „die Zollmauer (...) möglichst rasch und lückenlos voll aufzurichten.“⁵⁷

Die Einfuhr von Metallen wurde durch die neuen Zölle deutlich teurer. Helfen sollten Kontingente, innerhalb derer bestimmte Mengen zollfrei oder mit einem reduzierten Zollsatz eingeführt werden konnten. „Die Bundesrepublik hat der Zolleinführung bzw. -anhebung (...) nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass ihr ausreichende zollfreie oder zollbegünstigte Einfuhrkontingente aus Drittländern auf dem NE Metallgebiet zugebilligt würden. (...) Dieser Forderung ist in Rom-Vertrag entsprochen worden.“⁵⁸ Diese Zollkontingente waren für Metalle aber in der Pra-

xis so schnell erschöpft, dass danach für den Rest des Jahres kräftig Zölle gezahlt werden mussten.

Die EWG hatte aber auch positive Effekte: „Mehr und mehr wächst die Metallwirtschaft des europäischen Raums zusammen. Fast unbemerkt ergeben sich enge Kontakte einer Reihe von Mitgliedsfirmen unseres Kreises mit der Metallwirtschaft der übrigen EWG-Partnerländer.“⁵⁹

Deutlich sprach sich der VdM gegen Protektionismus aus: „Wir haben durchaus Verständnis dafür, dass die EWG insgesamt als Nettoimportgebiet bestrebt ist, den Metallschrottexport weitgehend unter Kontrolle zu halten und einen Abfluss von Almetallen zu unterbinden, der sich gefährdend für die eigene Versorgung auswirken könne. Andererseits (...) bietet vielfach die Möglichkeit eines gegenseitigen Austausches überhaupt erst die Grundlage für den Import nennenswerter Mengen aus den Nicht-EWG-Raum, und diese Möglichkeit müsste jedem EWG-Land entsprechend seiner metallwirtschaftlichen Bedeutung offen stehen.“⁶⁰

Der VdM engagiert sich auf internationaler Ebene

Schon sehr früh engagierte sich der VdM auf internationaler Ebene. Das **BIR** (Bureau of International Recycling) wurde 1948 gegründet und war in seinen Anfangsjahren stark von europäischen Recyclingverbänden dominiert. Eine ideale Plattform für den VdM, um sich mit den europäischen Kollegen auszutauschen. Zunächst nahm man einige Jahre als Gast an den BIR-Tagungen teil, 1954 trat der VdM dann dem Weltverband bei.¹⁵⁹

Das BIR verfügt über mehrere Fachsparten, die jeweils separate Recyclingströme repräsentieren. Im Juni 1960 wurde der VdM-Vorsitzende Wilhelm Kroll zum Präsidenten der BIR Fachsparte NE-Metalle gewählt. Seitdem sind kontinuierlich Vertreter des VdM in dieser Fachsparte an führender Stelle engagiert.

1961 weitete der VdM sein internationales Engagement weiter aus: „Mit Rücksicht darauf, daß das BIR in seiner

3. Internationale und nationale Zusammenarbeit

Dadurch, daß unser Vorsitzender durch die Jahreshauptversammlung des Bureau International de la Récupération im Juni 1960 zum Präsidenten der NE-Metallsektion dieser internationalen Vereinigung gewählt wurde, sind wir verstärkt und richtungweisend in die Arbeiten des BIR eingeschaltet, die in ihrer Zielsetzung unverändert geblieben sind. Durch Zulassung eines Delegierten der NE-Metallsektion als beratendes Mitglied bei den NE-Metallsitzungen der OEEC ist zwischenzeitlich sichergestellt, daß der internationale Metallhandel dort zu Gehör kommt. Gleichzeitig ist auch mit der Brüsseler EWG-Behörde Kontakt aufgenommen worden. Hier haben wir im übrigen mit dem neugegründeten NE-Metallkomitee auch unmittelbar enge Beziehungen, so daß die Interessen des deutschen Metallhandels dort eine entsprechende Vertretung erfahren. Mit verschiedenen Metallhandelsvereinigungen anderer Länder, so u. a. der National Association of Non-Ferrous Scrap Metal Merchants, London, und der National Association of Secondary Material Industries, New York, wurde vielfach in Einzelfragen Verbindung aufgenommen.

Sparte NE-Metalle nur Altmetallinteressen auf internationaler Ebene vertritt, der Neumetallhandel dagegen international in der *Fédération Internationale des Associations de Négociants en Aciers, Tubes et Métaux (FIANATM)* organisiert ist, haben wir mit Beginn des neuen Jahres auch unseren Beitritt zu dieser Organisation erklärt, um auch hier für die berechtigten Interessen des deutschen Metallhandels wirken zu können.“¹⁶⁰ Spätestens seit 1958 hatte der VdM schon mit der bereits 1950 gegründeten FIANATM im Austausch gestanden. Die FIANTM verfügte über eine eigene Neumetallgruppe, deren Vorsitz der VdM zeitweise innehatte.¹⁶¹

Darüber hinaus war 1960 in Europa schon eine erste Vertretung des Metallhandels gegründet worden, das sogenannte NE-Metallkomitee: „Gleichzeitig ist auch mit der Brüsseler EWG-Behörde Kontakt aufgenommen worden. Hier haben wir im Übrigen mit dem neugegründeten NE-Metallkomitee auch unmittelbar enge Beziehungen, so dass die Interessen des deutschen Metallhandels dort eine entsprechende Vertretung erfahren.“ 1961 übernahm der VdM in dieser Gruppe „die Federführung für die Delegierten des europäischen Metallhandels“. Ab 1962 war der Name **Verbindungskomitee für den Metallhandel bei der EWG** gebräuchlich, den Vorsitz hatte bis 1977 VdM-Hauptgeschäftsführer Dr. Schröder inne.¹⁶⁴ „Des Weiteren liegt die Leitung des Verbindungskomitees des NE-Metallhandels für die EWG in unserer Hand, ein Gremium, in dem eine Reihe von Problemen mit der EWG-Behörde erörtert werden, die für den gesamten EWG-Handel Bedeutung haben“.¹⁶⁵

Die anfangs überschaubare Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurde Anfang der siebziger Jahre größer und mit mehr gesetzgeberischen Kompetenzen ausgestattet, so dass auch die Bedeutung des Verbindungskomitees größer wurde. Deshalb wurde 1972 „eine Reorganisation des Komitees unter Hinzuziehung der neuen EWG-Staaten beschlossen. Um eine dauernde Repräsentanz bei der EWG in Brüssel zu gewährleisten, wurde in Verbindung mit dem BIR-Sekretariat ein Sekretariat des Verbindungskomitees gegründet“.¹⁶⁶

Nur ein Jahr später stellte der VdM bei der BIR den Antrag, die BIR möge die Zuständigkeit seiner Fachsparte

NE-Metalle auch auf den Handel mit Neumetallen ausdehnen, was dann auch geschah.¹⁶⁷ Die Mitgliedschaft in FIANATM würde sich damit erübrigen, denn diese hätte sich zuletzt als wenig „organisch“ erwiesen, da sich FIANATM „als internationaler Zusammenschluss fast ausschließlich mit Problemen des Eisenhandels befasst“ habe.¹⁶⁸ Der VdM kündigte daraufhin seine Mitgliedschaft bei FIANATM. Viele Jahre später (1999) fusionierte FIANATM mit dem europäischen Stahlverband FENA zu EUROMETAL, einem Verband, der bis heute die Interessen des Stahlhandels in Europa vertritt.



Das **Verbindungskomitee des Metallhandels bei der EG** formierte sich auf einer außerordentlichen Sitzung am 20.11.1989 neu und gab sich mit **Eurometrec** (European Metal Trade and Recycling) ab 1990 einen neuen, einprägsamen Namen. Ziel der europäischen Mitgliedsverbände war es, die Interessen des NE-Metallhandels mit einer neuen Struktur noch wirkungsvoller als bisher zu vertreten. Zum ersten Eurometrec Präsidenten wurde der damalige VdM-Vorsitzende Heinz-Werner Hempel (siehe 4.4.1) gewählt.¹⁶⁹ Organisatorisch war Eurometrec, ebenso wie die europäischen Vertretungen für Stahlschrott (EFR) oder Papier (ERPA), weiterhin dem Weltverband BIR angegliedert. BIR-Geschäftsführer Francis Veys war somit in Personalunion auch Geschäftsführer von Eurometrec. Mit wachsender Bedeutung der Europäischen Union einerseits und zunehmender Globalisierung andererseits, erwies sich die Personalunion von BIR und Eurometrec zur Jahrtausendwende als nicht mehr zeitgemäß, der VdM musste sich in Europa neu aufstellen (siehe 5.5).

4.2.7

DIE ERSTEN JUNIOREN IN GOSLAR

1965 richtete der VdM unter der Leitung von Hans Meßmer (siehe 4.3.2) einen Arbeitsausschuss ein, der sich mit Fragen der Nachwuchsförderung befasste. Bereits im Frühjahr 1966 fand ein Besichtigungslehrgang in Hamburg statt, im Herbst 1966 folgten zwei Lehrgangswochen in Goslar unter spezieller Ausrichtung des Lehrgangsstoffs auf die Bedürfnisse des Metallhandels.⁶¹

Der junge Teilnehmer Wolfgang Schiche beschrieb den ersten Goslar-Lehrgang damals so: „Mitte Oktober schien über Goslar acht Tage lang beste Septembersonne – denn der Verein deutscher Metallhändler hatte dort seinen Nachwuchs zum einwöchigen Lehrgang versammelt. Draußen vor dem Großhandelsschulungsheim stand ein anschaulicher Querschnitt durch die deutsche Autoproduktion, drinnen saßen erwartungsvoll 28 Metallhandelsjunioren, die ein attraktives Programm hierher gelockt hatte. Wir wurden nicht enttäuscht: modern eingerichteter, heller Hörsaal, Tonfilmanlage – nichts fehlte. Das Heim, als Ausbildungsstätte zweckentsprechend möbliert, wuchs mit einer Küche, die selbst Prokuristen-Ansprüche befriedigt hätte, über die rein sachliche Atmosphäre hinaus. Die hochprozentig mit Referaten über allgemeine wie spezifisch metallische Themen angereicherte Woche umspannte ein weites Gebiet. Herr Dr. Rudolph von der

Bleihütte Oker eröffnete das Programm mit der Einordnung der Metalle in ihre chemische Spannungsreihe, der unterschiedlichen Oxydationsfähigkeit entsprechend, um dann – schließlich war man im Harz – auf die Gewinnung von Blei und Zink aus dem Erz und auf die hergestellten Sorten und Legierungen einzugehen. Diesen Vortrag erweiterte gegen Ende des Lehrgangs ein Besuch



GROSSHANDELSCHULUNGSHEIM GOSLAR, 1957. RECHTE: BGA

im Bergwerk Rammelsberg, wo wir unter Tage im historischen Stollen ehrwürdige hölzerne Wasserräder ebenso intensiv besichtigten wie „oben“ die modernen Förder-, Zerkleinerungs- und Flotationsanlagen der Erzaufbereitung. Herr Klute (siehe 2.2.3), mit einer attraktiven Mustersammlung aus Dortmund gekommen, sprach lebendig und fesselnd über Probleme der Probenahme – vor allem darüber, dass jemand ohne Probenahme viel riskiert- und empfahl solide Hilfsmittel, mit denen man den Dingen besser auf den Grund gehen

kann. Über die Börse berichtete Herr Boegemann (siehe 3.5.2), der es sich trotz seines hohen Alters nicht hatte nehmen lassen, sein Referat über die Metallbörsen im Allgemeinen und die Geschichte der Hamburger Metallbörse im Besonderen persönlich vorzutragen. Betriebswirtschaftliche Themen behandelte der Hausherr des Schulungsheims, Herr Dr. Langmann, persönlich. Er zog einen weiten Bogen von der Liquiditäts-, Finanzierungs- und Investitionskontrolle mit Hilfe von Kennziffern, über die Ermittlung der Rentabilität von Kapital und Umsatz bis hin zur Bilanzanalyse – Material allein für eine Woche! Die Dozenten der beiden letzten Lehrgangstage kamen aus Wiesbaden, bereicherten zunächst unseren auf dem Parkplatz langsam einstaubenden Autosalon und anschließend unser Wissen von den „internationalen“ Metallthemen: die Herren Dr. Schroeder und Dr. Dietz sparten nicht mit Zahlen und Tatsachen über die Struktur der Metallmärkte, über Metallerzeuger und Verbraucherländer, den Anteil der Altmetalle am Weltverbrauch und den des Vereins deutscher Metallhändler am Weltmetallhandel. Hier wie bei den anschließenden Steuer- und Zollproblemen klang unüberhörbar das Thema EU-ROPA durch. Es folgten beruhigende Anmerkungen zur drohenden Mehrwertsteuer; Importware, Verhütungsprivileg, Festpreise, Hedgegeschäft und nochmals ein Börsen-Lexikon – wir hörten und notierten. Die Spannweite des Gebotenen übertrifft das hier nur in Stichworten Andeutbare bei weitem: wir wissen jetzt, wer den Koloss von Rhodos verschrottete und wir ahnen, was Psychokybernetik sein könnte ...

So wurde denn die Breite des Programms auch zum Gegenstand nächtlicher Diskussionen. Besonders bei den Referaten Probenahme, Bilanztechnik, Steuern und Zölle waren sich Dozenten und Hörer bedauernd darüber einig, dass die verfügbare Zeit bestenfalls genügt hätte, den jeweiligen Stoff zu umreißen. Vertiefung würde bedeuten, für jedes Gebiet ein eigenes Seminar zu bilden, was wiederum auf organisatorische Schwierigkeiten stößt. Jedes Thema fände seine Anhänger – aber fände jedes Thema genügend von ihnen, einen Hörsaal zu füllen? Wäre es

also doch besser, das Programm möglichst vielseitig zu gestalten? – Absolute Einigkeit bestand unter den Teilnehmern jedenfalls darin, das so erfolgreich begonnene Experiment der Juniorenschulung weiter zu führen. Dabei werden die aus jedem neuen Lehrgang neu gewonnenen Erfahrungen von selbst auf den vernünftigsten Weg führen – wichtig vor allem ist, dass er gegangen wird. Bleibt zu danken. Dem Hausherrn in Goslar, den Dozenten des Lehrgangs, nicht zuletzt unseren Chefs, die uns – vielleicht nur unter leisem Stöhnen – eine Woche für Goslar freigaben. Einige von ihnen, vor allem die Herren des Vorstandes, hörten schon am letzten Vormittag, an dem die Lehrgangsteilnehmer zum Trefftag des Vereins im Hotel Achtermann erschienen, die Berichte ihrer Junioren und erfuhren so als erste, dass es keine verlorene Woche gewesen war. Schwer zu sagen, was am stärksten beeindruckte. Schwer?

”

Jenseits aller Referate bewies uns Herr Messmer, dass es sich immer noch lohnt, ein Experiment, eine neue Sache anzufassen, wider alle Skepsis ein Risiko anzunehmen. Das er auf diese Weise die alte Hanseregel vom ‚wagen un winnen‘ allen wieder bewusst machte: nicht nur dafür – aber dafür besonders – unsern herzlichen Dank!“

“

Auch der spätere VDM-Vizepräsident Peter Haslacher war 1966 Lehrgangsteilnehmer: „Dieses Heim war ein aus heutiger Sicht wohl sehr schlichter Bau und die Vorschriften ziemlich streng. So wurde beispielsweise spätestens 22 Uhr das Haus geschlossen und empfohlen zu Bett zu gehen. Begünstigt wurde die frühe Schlafenszeit durch die große Menge an Vorträgen, die allesamt sehr umfassend waren. Aber am letzten Tag haben die Teilnehmer einstimmig beschlossen auszubüchsen. Ein sehr freundlicher Hauswart hat uns dann in der



VDM JUNIOREN GOSLAR 1966.
RECHTE HASLACHER

Nacht geholfen wieder in das Haus zu kommen. Insgesamt waren wir 27 Teilnehmer (...) Frauen waren damals noch nicht dabei.“⁶² „Abgesehen von den fachlichen Vorträgen und den vielen Dingen, die man dazu lernen konnte, war eines doch mit

am Wichtigsten: die gute Atmosphäre und das sich Kennenlernen mit Kollegen aus vielen anderen Firmen, mit denen man bisher nur telefoniert hatte. Ich finde, dass ein persönlicher Kontakt gerade in unserer Branche außerordentlich wichtig ist für eine ersprießliche Zusammenarbeit in der Zukunft.“⁶³

Das 1965 ins Leben gerufene Nachwuchsförderungsprogramm ist ein Erfolgsmodell, das bis heute fortgeführt wird (siehe 5.11). Viele Metallhändlergenerationen haben seitdem „Goslar“ besucht, die Schüler von damals wurden die Lehrer von heute. 2022 wurde das „Goslar-Seminar“ nach Soltau verlegt, wo mit dem Hotel Park Soltau eine optimale Tagungsumgebung gefunden wurde.

VDM JUNIOREN GOSLAR 1966.
RECHTE HASLACHER



4.2.8

MODERNE ZEITEN

ZEUGNIS EINER VERGANGENEN ZEIT: TELEX

Was uns heute selbstverständlich ist, war Anfang der siebziger Jahre noch technisches Neuland. 1971 diskutierte der Vorstand über die Verwendung von Computern. „Aufgrund eingegangener Anfragen stellt der Vorsitzende dieses Thema zur Diskussion, ob und in welchem Umfange die Verwendung von Computern im Metallgroßhandel von Interesse sei, und ob es angebracht wäre, den Mitgliedern die Möglichkeit einzuräumen, ihnen durch Fachleute Kenntnisse und Erkenntnisse auf diesem Sektor zu vermitteln. Diese Frage sei deshalb aktuell geworden, weil ihm eine schriftliche Anfrage der Firma Diehl zugegangen sei, die bekanntlich über ihr Handelsunternehmen Mitglied des Vereins deutscher Metallhändler sei, und deshalb besonders geeignet wäre, dieses Thema den Metallhandelsfirmen nahezubringen. Die Ansichten, ob überhaupt für das Gros der Mit-



TELEX DER VDM GESCHÄFTSSTELLE

gliedsfirmen die Verwendung von Computern in Betracht komme, gingen im Vorstand auseinander. Dennoch überwog die Ansicht, dass man dieses Thema nicht ohne weiteres fallen lassen soll.“⁶⁴ Auch die VdM Geschäftsstelle wurde technisch aufgerüstet. Bereits Anfang der sechziger Jahre prüfte man, ob die Anfertigung der Mitteilungsblätter und Rundschreiben in eigener Regie möglich sei. „Damals scheiterte das Vorhaben daran, dass die technischen Geräte noch nicht entwickelt waren, um einen Einsatz im üblichen Bürobetrieb zu ermöglichen.“⁶⁵ Nunmehr entschied man sich das neue Rotoprint-Verfahren „unter Verwendung eines IBM-Composers für die druckmäßig zu erfolgende Vervielfältigung“ zu nutzen. Das war 1971 eine große Investition, denn der Computer kostete rund 20.000 DM, der Rotoprint-Drucker etwa 8.000 DM. Auch die Kommunikationsgeräte wurden im Laufe der Jahre moderner. In den siebziger Jahren war das Telex noch weit verbreitet, erst in den Achtzigern setzte sich das Telefax durch.



4.3

REZESSION UND NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Die 24jährige Amtszeit des VDM Vorsitzenden Wilhelm Kroll endete am 11. Mai 1973. Kroll verkörperte die Zeit des deutschen Wirtschaftswunders und der von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard geprägten jungen Bundesrepublik. In den siebenziger Jahren wandelte sich die politische und wirtschaftliche Lage Westdeutschlands dann grundlegend. Der sozialdemokratische Kanzler Willy Brand erklärte: „Nicht die Einnahmen bestimmen die Ausgaben, sondern die Ausgaben bestimmen die notwendigen Einnahmen.“⁶⁶ Sollten die Einnahmen nicht reichen, müssten eben Schulden gemacht werden.⁶⁷ Der Zeitgeist verlangte Reformen und mehr soziale Gerechtigkeit, Belange der Wirtschaft waren oft zweitrangig. Die Staatsverschuldung stieg, die erste Wirtschaftskrise nach dem Krieg wurde spürbar. Hinzu kam 1973 eine globale Ölpreiskrise, nachdem die Organisation Erdöl exportierender Staaten (OPEC) die Fördermengen aus politischen Gründen drosselte. Gleichzeitig begann die Rote Armee Fraktion (RAF) mit einer Terrorwelle, die nicht nur Deutschland über Jahre stark belasten sollte.

Das ehemalige Wirtschaftswunderland war aus dem Gleichgewicht geraten, die Folgen der Konjunkturschwächung wirkten sich auch negativ auf die Metallmärkte aus.⁶⁸

COLLAGE: CHAT GPT



4.3.1

HERBERT GRILLO

In dieser schwierigen Zeit übernahm der Duisburger Unternehmer Herbert Grillo den Vorsitz des Vereins. Er hatte sich bereits in der Nachkriegszeit aktiv für die Branche eingesetzt und war maßgeblich an der Wiederbegründung des VdM nach dem Krieg beteiligt.⁶⁹ Der am 20. September 1906 geborene Unternehmer war viele Jahre Vorstandsvorsitzender und später Aufsichtsratsvorsitzender der Grillo Werke AG in Duisburg sowie alleinhaftender Gesellschafter der Wilhelm Grillo Handelsgesellschaft. Er war einer der führenden Männer der westdeutschen Wirtschaft und darüber hinaus ehrenamtlich in zahlreichen Verbänden und gemeinnützigen Institutionen tätig. *„Sein erfolgreiches Wirken nicht nur für die eigenen Betriebe und Gesellschaften, sondern insbesondere auch für die Allgemeinheit, hat im In- und Ausland und in der Öffentlichkeit große Anerkennung gefunden, nicht zuletzt durch Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland.“*⁷⁰ Schon bei seiner Wahl zum VdM Vorsitzenden am 11. Mai 1973 machte er deutlich, dass er zwar von der Einhelligkeit seiner Wahl beeindruckt sei, aber dennoch hoffe *„dass er möglichst bald durch einen jüngeren Herrn ersetzt werde, denn es sei ihm nicht leicht gefallen, sich zur Verfügung zu stellen. Er hoffe, dass in den nächsten 3 Jahren zu einer einheitlichen Meinung über seinen Nachfolger komme.“* Seine Amtszeit als VdM Vorsitzender endete am 7. Mai 1976, die Mitgliederversammlung ernannte ihn anschließend *„als Anerkennung für die Verdienste, die sich Herr Grillo um den Verein deutscher Metallhändler erworben hat“*⁷¹, zum Ehrenvorsitzenden. Herbert Grillo starb am 9. Oktober 1983.



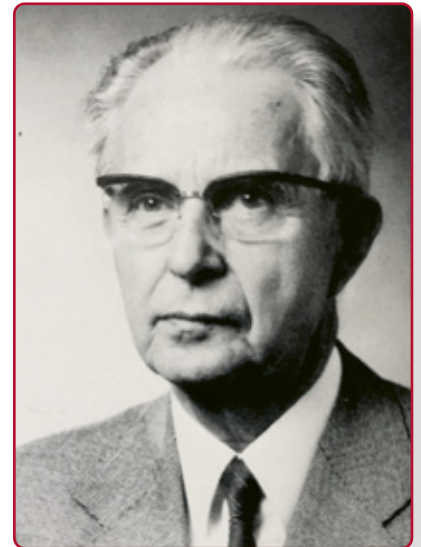
HERBERT GRILLO. RECHTE: FA. GRILLO

4.3.2

HANS MESSMER

Zum Nachfolger von Herbert Grillo wählte die Mitgliederversammlung am 7. Mai 1976 Hans Meßmer, der bis dahin im VdM-Vorstand für die Junioresförderung (siehe 4.2.7) verantwortlich gewesen war. Meßmer, geboren am 20. März 1908, begann 1923 seine Ausbildung in der Firma A. Bodenheimer & Cie, später leitete er das angegliederte Aluminiumschmelzwerk. Im August 1937 gründete er in Hamburg die Firma Hans Meßmer Altmetalle, bereits im Juli 1938 wurde das Unternehmen Mitglied der Fachuntergruppe Altmetalle (siehe 2.1). Nach dem Krieg erweiterte er den Betrieb um ein Metallschmelzwerk. Meßmer führte den VdM bis zum 6. Mai 1982, als Ehrenvorsitzender nahm er noch bis ins hohe Alter an den Vorstandssitzungen des Vereins teil. Er starb am 15. Oktober 2001.

HANS MESSMER



4.3.3

HANS P. MÜNSTER

Hauptgeschäftsführer Dr. Herbert Schröder trat nach fast 25 Dienstjahren Ende März 1977 in den Ruhestand. Nachfolger wurde der am 30. Juli 1941 in Zell Mosel geborene Hans Peter Münster.

Nach Abitur am staatlichen Neusprachlichen Gymnasium Traben-Trarbach und Wehrdienst studierte er von 1964-1968 an der Universität zu Köln Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Nach dem Abschluss als Diplom Volkswirt war er von 1969 bis 1972 Assistent eines Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Anschließend arbeitete er als Direktionsassistent bei der Flughafen Düsseldorf GmbH und bei einem Bundesverband der Agrarwirtschaft. Am 1. April 1975 trat er als Assistent der Geschäftsführung in die Dienste des VdM. Genau 2 Jahre später wurde er zum Geschäftsführer bestellt. 1994 wählte ihn die Mitgliederversammlung zum



HANS P. MÜNSTER



HANS P. MÜNSTER MIT DEM LEITER DES AGB AUSSCHUSSES, HEINZ WILHELM SCHOOF UM 1980

geschäftsführenden Vorstandsmitglied, von 2003 bis 2006 führte er den Verein als geschäftsführender Vorsitzender. In seiner Amtszeit entwickelte sich der VdM zum führenden Metallhandelsverband in Europa. Münster engagierte sich stark auf der Europäischen und internationalen Ebene. Er gehörte viele Jahre dem Vorstand des europäischen Dachverbandes Eurometrec an und war 25 Jahre Generalsekretär der Fachsparte NE-Metalle des BIR. In dieser Zeit wurden Kontakte zu den Metallhandelsverbänden in der Schweiz, Österreich aber auch Polen und Ungarn geknüpft und gefestigt. Münster war maßgeblich an der Gründung der Entsorgungsgemeinschaft ESN beteiligt und initiierte den Euregio Trefftag des Metallhandels in Aachen. Mit Erreichen des 65. Lebensjahres schied Hans P. Münster nach 31 Dienstjahren Ende Juli 2006 aus den Diensten des VDM aus. Er blieb noch bis Ende 2007 Geschäftsführer des Partnerverbandes WGM (siehe 3.9).

Hans P. Münster erinnert sich im Januar 2020⁷³ an seine Tätigkeit beim VDM: „Im Grunde genommen war mein ganzes Berufsleben eine Aneinanderreihung von interessanten Perlen. Die Fortentwicklung der internationalen Beziehungen, die Beobachtung der Märkte, die langjährige Diskussion um eine nationale Rohstoffbevorratung und nicht zuletzt unsere Juniorenlehrgänge. Anfangs waren die Juniorenseminare nur Tagesveranstaltungen, denn die Unternehmen wollten ihre jungen Mitarbeiter nicht länger als unbedingt erforderlich im Betrieb vermissen. Glanzpunkte waren jedoch die Juniorenseminare in Goslar, die immer eine Fülle von Themen und Besichtigungen boten. Für mich war ein beeindruckendes Erlebnis in Goslar, als Vorstandsmitglieder wie Ernst Biskupek, Heinrich Peters und andere über

ihre Erfahrungen und den Wiederaufbau ihrer Unternehmen nach dem 2. Weltkrieg berichteten. Die Junioren waren sehr wissbegierig, die erfahrenen Metallhändler informationsbereit. Ein unvergesslicher Abend, der bei etlichen Gläsern Bier informativ und amüsant war.

Eine besondere Herausforderung der Zeit war die Lobbyarbeit. Gerne erinnere ich mich an zahlreiche Gespräche in Ministerien, in denen den politischen Entscheidungsträgern die Probleme unserer Branche nahe gebracht wurden, oft gemeinsam mit dem Vorsitzendem oder anderen Vorstandsmitgliedern, denn diese konnten ihre Erfahrungen aus der Praxis vermitteln. Dabei war es wichtig, eine Vertrauensbasis aufzubauen, damit man als seriöser Gesprächspartner dauerhaft akzeptiert blieb. Bedeutsam war auch die Arbeit auf europäischer Ebene. Um unseren Punkten in Brüssel ausreichend Gehör zu verschaffen, mussten wir in anderen EU-Staaten Verbündete gewinnen, die unsere Themen in Brüssel, Paris und Genf mit vortrugen und unterstützten. Hier waren die Firmenkontakte unserer Vorstandsmitglieder ins europäische Ausland sehr hilfreich.

Natürlich gab es auch viele nette Begebenheiten. Besonders in Erinnerung geblieben ist die Arbeit im AGB Ausschuss mit Herrn Schoof, insbesondere dann, wenn die Sitzung in München stattfand und mit einer hervorragenden Bordeauxweinprobe im Hause Schoof endete. Dies hatte für mich als Moselaner besondere Bedeutung, weil ich bei den zahlreichen Weinproben den Bordeaux schätzen und lieben gelernt habe.

Rückblickend hat sich der Metallhandel seit meinem Amtsantritt beim VDM vor nunmehr 45 Jahren deutlich verändert, vor allem im äußeren Erscheinungsbild. Bei Mitgliederversammlungen und anderen Veranstaltungen war schwarzer Anzug oder Smoking Pflicht, heute ist es deutlich lockerer. Der Smoking war der ‚Dienstanzug‘ des Metallhandels bei offiziellen Veranstaltungen. In der Mitgliederschaft legte man damals Wert auf einen engen, abgeschlossenen ‚elitären‘ Kreis. Ausländische oder fördernde Mitglieder kamen damals nicht in Frage. Selbst die Trefftage waren anfangs reine regionale Veranstaltungen, zu denen auch der VDM Geschäftsführer eine Einladung benötigte. Die Veränderungen in Europa und in der Welt haben den VDM im Laufe der Jahre erfreulicherweise bunter und interessanter gemacht.“

4.3.4

GÜNTER KIRCHNER



GÜNTHER KIRCHNER

Der anstehende Generationswechsel in der Geschäftsstelle betraf auch den zweiten VdM Geschäftsführer, Dr. Ferdinand Dietz (siehe 4.2.2), der Ende November 1978 nach fast 27 Jahren aus dem Verband ausschied. Ihm folgte der am 1. Februar 1948 in Bad Münstereifel geborene Rechtsanwalt Günter Kirchner, der ab 1. September 1978 zunächst als Mitarbeiter und ab 1. Januar 1980 neben Hans P. Münster als Geschäftsführer tätig war. Ende 1982 verließ er den VdM um die Geschäftsführung des Verbands der Aluminiumrecycling-Industrie (VAR) und der Organisation of the European Aluminium Recycling Industrie (OEA) in Düsseldorf zu übernehmen. Im April 2013 ging er in den Ruhestand ist seitdem als Berater für Aluminiumrecycling tätig.

4.3.5

NEUE THEMEN – NEUE AUSSCHÜSSE

Die globalen wirtschaftlichen Probleme (siehe 4.3) führten zu einer schwierigen Lage auf den Metallmärkten. *„Der deutsche Metallmarkt kam, nicht zuletzt auch infolge internationaler Einflüsse, 1974 in ein sehr bewegtes Fahrwasser. Eine weltweite Wirtschaftsrezession (...) bestimmte die gesamte Entwicklung.“*⁷⁴ *„Die weltweite Rezession (...) und die daraus folgende Schrumpfung des Welthandels traf (...) die Bundesrepublik spürbar und ließ ihre Abhängigkeit von der internationalen Konjunkturentwicklung sichtbar werden.“*⁷⁵

1975 wurde sogar das Juniorenförderprogramm „wegen der besonderen wirtschaftlichen Situation“ ausgesetzt.⁷⁶ Noch 1982 war *„für die Weltwirtschaft weitgehend ein Jahr fortgesetzter und hartnäckiger Stagnation, die auf immer breiterer Front rezessiven Charakter angenommen hat.“*⁷⁷

In dieser schwierigen Situation bestand seitens der Politik kein Interesse daran, bestehende Exportkontingente zu lockern oder den Handel gänzlich zu li-

beralisieren, die Branche musste weiter mit Exportkontingenten leben.⁷⁸ Angesichts der Ölpreiskrise war Rohstoffpolitik ein wichtiges politisches Thema geworden. Die Diskussion reichte von geplanten Fonds zur Stabilisierung der Rohstoffpreise bis hin zum Aufbau von nationalen Rohstoffbeständen, die im Krisenfall die Bundesrepublik unabhängig machen sollten. Der VdM setzte 1979 unter der Leitung von Heinz Werner Hempel (siehe 4.4.1) einen Arbeitskreis Rohstoff-Fragen ein und begleitete die Diskussion auf fachlicher und politischer Ebene.

Auch in anderen Bereichen gab es neue Aufgaben für den VdM. *„In Anbetracht der zunehmenden Bedeutung des Handels mit Nebenmetallen hat der Vorstand des Vereins deutscher Metallhändler die Bildung eines Arbeitskreises Nebenmetalle (ANM) beschlossen.“* In der konstituierenden Sitzung dieses Arbeitskreises am 26. April 1974 wurde Klaus Busch zum Leiter gewählt, Stellvertreter wurden Siegfried Jacob und Otto Weckmann. Mit der Minor Metals Trading Association (MMTA) in London wurde von Beginn an ein enger Kontakt gepflegt⁷⁹. 1980 wurde der Aufgabenbereich des ANM auf den Themenkreis Ferrolegierungen erweitert, seine offizielle Bezeichnung war nunmehr ANMF⁸⁰. 2012 nannte sich der ANMF in Arbeitsausschuss Strategische Sondermetalle / Ferrolegierungen (SSF) um, da die Bezeichnung Nebenmetalle der Bedeutung dieser wichtigen Rohstoffe nicht mehr gerecht wurde.⁸¹ Von besonderer Bedeutung waren seinerzeit die vom ANM erarbeiteten „Handelsregeln und Arbitrage für Nebenmetallgeschäfte“, die am 1. Januar 1977 in Kraft traten.

Gänzlich neu auf der Tagesordnung war das Thema Umwelt, das noch in den sechziger Jahren völlig ohne Bedeutung war. In Deutschland wurde 1972 mit dem Gesetz über die Beseitigung von Abfall (Abfallbeseitigungsgesetz, AbfG) die erste bundeseinheitliche Regelung des Abfallrechts geschaffen. Der VdM klagte: *„Mit der Vielzahl von Verordnungen nach dem Abfallbeseitigungsgesetz entstehen auch dem Metallhandel zunehmend Schwierigkeiten. Wenn*



*er auch nach der Gesetzesdefinition keine Abfälle, d.h. Stoffe, die beseitigt werden sollen oder müssen, sammelt, handelt oder lagert, so fällt es in vielen Fällen schwer, die Verwaltung von diesem Tatbestand zu überzeugen.“*⁸² Der VdM reagierte auf das neue Umweltbewusstsein 1973 mit der Gründung eines Umweltausschusses unter Leitung von Dr. Wolfgang Ramms, zu seinem Stellvertreter wurde Karl Zieringer gewählt. Ziel des Ausschusses war es unter anderem, neue und umweltfreundlichere Aufbereitungsverfahren als bis dahin üblich zu fördern. Am 8. Juli 1978 übernahm Carl von Laffert die Leitung. In seiner Antrittsrede führte er aus: *„Die Bevölkerung hat ein Recht auf eine saubere, gesunde Umwelt. Wir haben die Pflicht, uns den Anforderungen zu stellen, um Menschen allgemein und unsere Mitarbeiter weitgehend vor Gefahren zu schützen. Wir müssen versuchen das rechte Maß zu finden. Wir müssen uns wie auf einer Gradwanderung bewegen, wobei das Machbare, das technisch und wirtschaftlich Vertretbare angestrebt und verwirklicht werden sollte und*

auf der anderen Seite unvernünftige Forderungen gemeinsam abwehren.“ Diese Aussagen gelten heute mehr denn je. Schon damals beklagte die Branche, den in den einzelnen Bundesländern stark voneinander abweichenden Vollzug, diskutierte über den Transport von Bleiakkus auf der Straße oder erörterte Emissionsprobleme bei der Kabel-Warmzerlegung.⁸³

Von ganz besonderer Bedeutung für den Metallhandel war der Arbeitsausschuss Geschäftsbedingungen (AGB), der seit 1976 unter der Leitung von Heinz Wilhelm Schoof aktiv war. Ihm oblag es, die Usancen und Klassifizierungen des Metallhandels (UKM), die erstmals um 1913 erstellt worden waren (siehe 1.10), zu überarbeiten. Der Arbeitsausschuss Geschäftsbedingungen legte 1979 eine Neufassung vor, die 1988 nochmals aktualisiert wurde. Die Klassifizierungen von 1988 sind heute noch aktuell, die Usancen wurden 2002 leicht überarbeitet (UKM 1988/2002).



VORSTAND, EHEMALIGE VORSTANDSMITGLIEDER UND GESCHÄFTSFÜHRUNG 1981: ANDRITSCHKE, WISSEL, KIRCHNER, HEMPEL, MÜNSTER, JESSE, MÜLLER, PETERS, SCHOOF, DÜREN, HOEREN. SITZEND: GRILLO, MESSMER.

4.3.6

EXKURS: VEB KOMBINAT METALLAUFBEREITUNG (KMAB)

Während sich der Metallhandel in der Bundesrepublik Deutschland frei entfalten und im VdM organisieren konnte, wurde er in der DDR von Anfang an (siehe 4.2.4) staatlich gelenkt.

Bereits vor Gründung der DDR gab es in der Sowjetischen Besatzungszone eine staatliche ‚Anordnung über die Maßnahmen des Sammelns und Aufbereitens des vorhandenen Eisen-, Stahl- und Buntmetallschrotts‘⁸⁴, am 2. Februar 1950 folgte die ‚Verordnung über das Erfassen, Sammeln und Aufbereiten von Eisen-, Stahl- und Buntmetallschrotten‘. Diese führte 1950 zur Gründung der Volkseigenen Handelszentrale Schrott (VHZ Schrott)⁸⁵. In den von der VHZ

Schrott herausgegebenen ‚Richtlinien für die Sortierung von Buntmetallschrott‘ wurde betont, dass *„eine restlose Ausnutzung des für unsere Wirtschaft so wichtigen Buntmetallschrottes bei der Weiterverarbeitung (...) eine einwandfreie Aufbereitung, Sortierung und Verladung“* voraussetze. Interessanterweise verweisen die DDR-Richtlinien dieser Zeit darauf, dass die im westdeutschen ‚Taschenbuch des Metallhandels‘ abgedruckten Geschäftsbedingungen, welche 1926 vom VdM erarbeitet worden waren (siehe 1.10), weiter anzuwenden seien.⁸⁶

Die VHZ Schrott war in einige Hauptbetriebe untergliedert, die wiederum über zahlreiche Niederlassun-

BZ **DONNERSTAG**
am Abend
AUSWARTS 15 PF 10 Pfenning
17. März 1983 • 35. Jahrgang Nr. 64

Das ist kein Schrott - Tatsache

Das sind SCHÄTZE!

Alles Buntmetalle, edle und unedle, wie sie Meister Kurt Hüttner im VEB Metallaufbereitung bezeichnet. Sie türmen sich bergeweise auf dem Lagerplatz des Betriebes in der Herzbergstraße. Schätze, die von der Hüttenindustrie sehnsüchtig erwartet werden.

Initiative dient dem Vertrauen
Olof Palme sprach im schwedischen Reichstag
Stockholm (ADN). Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme hat sich gestern in einer außenpolitischen Debatte im Reichstag für eine Politik der Entspannung und der Abrüstung

Aufn.: Uwe Völkner

OSTBERLINER TAGESZEITUNG VOM 17. MÄRZ 1983

gen verfügten. Aufgabe war die Erfassung, Sortierung und Aufbereitung von Schrotten, die dann an die zuständigen Hütten und Schmelzwerke geliefert wurden. Neben der VHZ Schrott gab es auch einige kleine private Schrott- und Metallhändler, die allerdings ihr gesammeltes Material an die VHZ Schrott abzuliefern hatten. *„Für Schrotte gab es in der DDR eine Plankennziffer. Die VHZ Schrott wusste sehr genau, welcher Betrieb welche Schrotte in welcher Menge und Qualität abgeliefert hatte, das wurde immer sehr sorgsam erfasst. Daraus wurden dann Plankennziffern fixiert. Im kommenden Jahr müssten die Betriebe dann wieder die gleichen Mengen bringen, damit der vorgegebene Plan erfüllt wurde. Wenn zu wenig Schrott vorhanden war um die erforderliche Abgabemenge zu erreichen, musste man Wege zur Planerfüllung suchen. Es ist vorgekommen, dass man absichtlich Schrott erzeugt hat um die erforderlichen Mengen zu bekommen. Die Zahlen wurden regelmäßig von den Niederlassungen an die Hauptbetriebe der VHZ Schrott gemeldet.*

”

Die Hauptbetriebe teilten täglich der Zentralen Leitung in Berlin mit, welche Mengen verladen worden sind. Diese berichtete dann dem zuständigen Ministerium in Berlin“, betont Monika Rehwinkel⁸⁷, die seit 1964 für die VHZ Schrott in Berlin tätig war.

“

1968 wurde der VHZ Schrott in ‚VEB Kombinat Metallaufbereitung‘ (KMAB) umbenannt. *„Die Namensänderung wurde eines Tages quasi am Stammtisch beschlossen, weil der Begriff Schrott negativ besetzt war und wir uns ein besseres Image geben wollten“, so der frühere Leiter des Bereichs Außenwirtschaft der KMAB, Manfred Naumann⁸⁸.*

Der spätere ESN-Geschäftsführer Klaus Bunzel (siehe 4.4.5 und 4.5.3) erinnert sich: *„Die metallischen Sekundärrohstoffe waren in der DDR Staatsplanpositionen und unterlagen einer ständigen Kontrolle. Das 1968 aus der VHZ gegründete VEB Kombinat Metallaufbereitung (KMAB) war für die gesamte Erfassung, Aufbereitung und Lieferung von Metallen und Schrotten verantwortlich.*

Der Sitz des Kombinates verlagerte sich 1969 von Berlin (hier musste man das Büro wegen zunehmender politischer Bauten verlassen) nach Halle/Saale. Dazu wurde auf dem Gelände des Betriebes Halle ein völlig neues Bürogebäude gebaut. Von dort aus wurden die zahlreichen Betriebe und Niederlassungen des KMAB innerhalb der DDR gesteuert. Einzig der Bereich Außenwirtschaft und Forschung blieb in Berlin. Da die politische Gliederung in der DDR nach Bezirken aufgeteilt war, unterhielt das Kombinat Metallaufbereitung in fast jeden Bezirk einen Betrieb.

Weiterhin entwickelten sich in den Jahren 1975 bis zum Ende des Jahres 1985 zahlreiche Aufbereitungszentren für Metall-, und Stahlschrotte. So ein zentrales Kabelaufbereitungszentrum in Liebenwalde, Hochseeschiffsabwrackung in Rostock, Werk Grundstoffchemie in Velten für Fixierbäder und Filme, zentraler Aufbereitungsplatz legierter Stahlschrott und Metallseparation in Karl-Marx-Stadt, Binnenschiffsaufbereitung in Dessau, Elektronikschrottaufbereitung in Berlin-Hoppegarten und eine Quecksilberaufbereitung im Zentrallabor Leipzig. Damit konnte man Investitionen und Mengen bündeln.

Zur maximalen Erfassung, Aufbereitung und Lieferung aller Sekundärrohstoffe unterstand das KMAB dem Ministerium für Metallurgie und Kali. Zum Verständnis: In der DDR wurden die Ministerien nach wirtschaftlichen Bereichen gebildet. (Min. Chemie, Min. Bauwesen, Min. Elektrotechnik, Min. Verkehrswesen, Min. Betriebe der Nahrungsgüterwirtschaft, Min. für Landwirtschaft usw.); also jedes Unternehmen unterstand einem speziellen Ministerium.



SED FUNKTIONÄR AUF EINER BETRIEBSVERSAMMLUNG DER MAB BERLIN.
RECHTE: REHWINKEL

Zur Planung des Aufkommens an Sekundärrohstoffen wurden von der zentralen Plankommission beim Ministerrat der DDR jedem Ministerium Mengen an Metallen und Schrotten als Staatsplanpositionen vorgegeben. Die Ministerien wiederum beauftragten die unterstellten Kombinate und Betriebe in ihrem Einzugsbereich. Zur Durchsetzung der Erfüllung der Auflagen gab es in jedem Ministerium sogenannte hauptberufliche ‚Staatlich Beauftragte für metallische Sekundärrohstoffe‘. Diese waren für den Bereich Metalle und Schrotte weisungsbefugt gegenüber den Beschäftigten und hatten eine enge Verbindung zum KMAB. Diese Beauftragten gab es auch in den Kombinatensystemen jedes Wirtschaftszweiges und auch in den Bezirken. Eine fachliche Anleitung erfolgte über das KMAB.

Zur maximalen Erfassung aller Metalle und Schrotte gab es ein Prämiensystem über das KMAB mit Beauftragten in den Ministerien und Kombinatensystemen. Dazu stand ein erheblicher finanzieller Fonds des KMAB zur Verfügung. Die Abrechnung der Erfüllung der vorgegebenen Mengen an Metallen und Schrotten erfolgte durch das KMAB. Dazu errichtete das KMAB Mitte der 70iger Jahre ein eigenes Rechenzentrum in Cottbus. Hier liefen alle Daten an Lieferungen zusammen und wurden monatlich ausgewertet. Somit standen jeden Monat Daten von allen Mengen, die von Betrieben und Einrichtungen geliefert wurden, bereit. Jede Entfall-

stelle in der DDR hatte eine eigene Schlüsselnummer für jede Metall- oder Schrottart. Bis auf Gramm Metalle und Tonne Schrott wurde alles elektronisch erfasst. Kurios: Da der Plan in vielen kleineren Betrieben der DDR für Metalle und Schrotte mit dem Produktionsplan gekoppelt war und die Beauftragung der Betriebe durch die jeweiligen Ministerien in der Praxis nicht immer umsetzbar war, veranlasste man die Beschäftigten zur Erfüllung des Jahresplanes immer häufiger, Metalle und Schrotte aus den Haushalten mitzubringen. Andererseits wurden die Schrotterlöse weitgehend von den Betrieben genutzt, um bestimmte Vorhaben außerhalb der geplanten Finanzen zu erfüllen.

Wie sehr man in der DDR auf die möglichst vollständige Erschließung aller Metalle und Schrotte angewiesen war, zeigte sich Anfang der 80iger Jahre.

Da für die Gewinnung und Aufbereitung der Schrotte ein immer größerer Aufwand betrieben werden musste und dieser in keiner Relation zum erzielten Schrotterlös stand, wurde ein ‚Fonds für schwer aufzubereitenden Schrott‘ im KMAB gebildet. Auf Antrag konnten nunmehr Unternehmen, Behörden oder Kommunen bestimmte Schrotte bergen, für die es sich bisher nicht lohnte. Zum Beispiel den Abbruch einer Brücke, den Ausbau von nicht mehr benutzten Bahnschienen oder den Abriss eines Gebäudes. Hier wurde dann auf Antrag und Prüfung durch das KMAB die Differenz zwischen Aufwand und Schrotterlös ersetzt.

All diese Informationen wurden im KMAB durch den Bereich Aufkommensbilanzierung und Erfassung bearbeitet. Leiter dieses Bereiches war in den 80iger bis zur Auflösung des KMAB Klaus Bunzel. Nach mehreren Jahren als Verantwortlicher für Sondermetalle und Legiertem Stahlschrott, übernahm er die Koordinierung der Erfassung im KMAB. Dazu gehörte die ständige Zusammenarbeit mit den Betrieben des KMAB, den Ministerien und den Staatlichen Beauftragten.

Eine zentrale Aufgabe der Betriebe des KMAB war auch die maximale Lieferung von Metallen und Schrotten an Stahlwerke, Gießereien und Metallhütten. Dazu meldeten die Hütten und Werke jährlich ihren Bedarf an das KMAB. Hier erstellte man dann in Übereinstimmung mit dem geplanten Aufkommen, Lieferverträge mit den Verbrauchern. Vom KMAB wurden zentrale Lieferpläne mit den Betrieben des KMAB für alle Metalle und Schrotte für das Jahr verbindlich festgelegt. Die Betriebe des KMAB belieferten dann auf der Grundlage der ihnen durch die Zentrale in Halle übergebenen Lieferverträge die Metallhütten, Stahlwerke und Gießereien."

Die KMAB versorgte nicht nur Hütten und Schmelzwerke in der DDR sondern hatte auch regen Kontakt zu Metallhändlern in der Bundesrepublik, darunter auch zu zahlreichen VdM-Mitgliedern. „Die Einkäufer der westdeutschen Firmen kamen in die DDR, dort fanden die fachlichen Gespräche mit dem Bereich Außenhandel der KMAB statt“, erzählt Naumann. „Die Abwicklung, also die Erstellung von Zoll- und Ausfuhrpapieren sowie das Finanzielle, erfolgte dann durch das DDR Außenhandelsunternehmen ‚Metallurgiehandel‘ in Berlin“. Allerdings durften besagte Gespräche von den KMAB Mitarbeitern nur mit Genehmigung geführt werden. Erforderlich war ein schriftlicher Dienstauftrag der Kombinati-Leitung, in dem Auftrag und Vollmachten festgeschrieben wurden. Beispiel: „Schrottbesichtigung und Abnahmen im MAB Betrieb mit kapitalistischen Kontrahenten“.

Nach 1989 wurden die KMAB Betriebe von der Treuhand entweder verkauft oder durch Management-Buy-out in die Hände der führenden Mitarbeiter überführt.

Dienstauftrag Nr.: 35/85		gültig am/vom: 11.11.85	
Name: Rehwinkel		Vorname: Monika	
PA-Nr.:		DA-Nr.:	
Dienststellung: stellv. Gruppenleiter			
Dienststelle: VEB Kombinat Metallaufbereitung			
1020 Berlin.		Abt.: Außenwirtschaft	
reist mit öffentl. Verkehrsmittel,		Berlin	
Dienst-/eigenem Fahrzeug von:		Eberswalde	
nach:		und zurück	
Auftrag und Vollmachten:			
Schrottbesichtigung und Abnahmen im MAB Betrieb mit kapitalistischen Kontrahenten			
Die/Der Obengenannte ist berechtigt, folgende Akten und Unterlagen mitzuführen:			
keine			
VEB Kombinat Metallaufbereitung Halle			
Abt. Außenwirtschaft			
1020-BERLIN - Postfach 721			
Datum: 8.11.85			

ERLAUBNIS ZUM GESPRÄCH MIT WESTDEUTSCHEN METALLHÄNDLERN

Neben der KMAB gab es seit den sechziger Jahren das VEB Kombinat Sekundär-Rohstoffefassung (SERO), das ein sehr dichtes Netz von Ankaufstellen betrieb. Angekauft wurden nicht nur Schrotte sondern auch andere Sekundärrohstoffe, wie Glas, Papier oder Alttextilien. Das SERO System war, so Experten⁸⁹, ausgesprochen effizient. Die Bürger konnten ihre Sekundärrohstoffe in ihrer Nähe abgeben und haben dafür Geld erhalten. Die von den SERO Standorten gesammelten Schrotte wurden an die KMAB Betriebe geliefert.

4.3.7

UMZUG NACH BONN

Anfang 1976 setzte innerhalb des VdM-Vorstands eine Diskussion darüber ein, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Geschäftsstelle zu verlegen. *„Das Thema ‚Verlegung der Geschäftsstelle nach Bonn‘ ist eigentlich schon zu dem Zeitpunkt aktuell geworden, als sich herausstellte, dass Bonn – und nicht wie ursprünglich vorgesehen Frankfurt – die Hauptstadt der Bundesrepublik und damit Sitz der Ministerien sowie der übergeordneten Bundesverbände wurde. Damals aber war es unmöglich gewesen, diesen Plänen näherzutreten, weil die beiden Geschäftsführer Dr. Schröder und Dr. Dietz mit Haus und Familie Wiesbaden verbunden waren. Als die Pensionierung von Dr. Schröder Ende März 1977 anstand, und das Ausscheiden von Dr. Dietz zum 30. April 1979 bekannt wurde, ergab sich für den Verein deutscher Metallhändler die Chance, die alten Pläne zu realisieren.“*⁹⁰ Diskutiert wurde allerdings die Frage, ob ein Vereinssitz in Düsseldorf – dort saß der Schrottverband BDS und die Wirtschaftsvereinigung Metalle – oder Bonn – dem Sitz von Bundesregierung, Parlament sowie des Dachverbandes BGA – sinnvoller sei.⁹¹ Letztlich entschied die VdM Mitgliederversammlung im Mai 1977 einstimmig,

den Sitz des VdM zum 1. April 1979 nach Bonn zu verlegen.⁹² Finanziert wurde der Umzug durch drei zusätzliche Monatsbeiträge, die von den Mitgliedsunternehmen auf einstimmigen Beschluss der Mitgliederversammlung erhoben wurden.⁹³

Vom Wiesbadener Geschäftsstellenteam wechselten nur der neue Geschäftsführer Hans P. Münster und Martha Riebold, die seit dem 12. April 1948⁹⁴ für den VdM tätig war, nach Bonn. Der Umzug war somit nicht nur örtlich sondern auch personell weitgehend ein Neubeginn. Neue Büroadresse war die Heilsbachstraße 25, am 1. Mai 1991 wechselte die Geschäftsstelle dann in größere Räume in der Ulrich-von-Hassel-Straße 64⁹⁵.



TEAM DER GESCHÄFTSSTELLE IN BONN, 1980: VON LINKS: MARTHA RIEBOLD, MARIA BÖHM, URSULA MILLIES, FRAU ASHTON, HANS P. MÜNSTER, HELGA KASTEN, GÜNTER KIRCHNER

4.4

WENDEZEITEN

Die Jahre ab 1982 waren in vielerlei Hinsicht Zeiten des Umbruchs. Der neue Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl prägte den Begriff der „geistig-moralischen Wende“, der sozial-liberalen Phase unter Willy Brandt und Helmut Schmidt folgten 16 Jahre bürgerlich-konservativer Politik, die Wirtschaft geriet in ruhigere Fahrwasser. In dieser Zeit rückte mit Heinz-Werner Hempel (Firma F.W. Hempel & Co, Bremen) am 6. Mai 1982 erneut ein Hanseat an die Spitze des VdM.

Hempel setzte in vieler Hinsicht auf Erneuerung. Bereits ein Jahr nach seiner Wahl schlug er der Mitgliederversammlung vor, den bisherigen Vereinsnamen zwar beizubehalten, ihn aber um den Zusatz „Bundesverband des Großhandels mit Neu- und Almetallen“ zu ergänzen. Anlass sei die Erfahrung, dass in der Öffentlichkeit nicht immer klar verstanden werde, was genau Wesen und Betätigungsfeld des VdM ausmache. Die Anwesenden stimmten einstimmig seinem Vorschlag zu.⁹⁶ Sowohl die deutsche Wiedervereinigung als auch der Wunsch von produzierenden Unternehmen, im VdM aktiver mitwirken zu dürfen, war Ende 1990 Anlass für den Vorstand, eine Struktur-Kommission einzusetzen. Im Protokoll der ersten Sitzung dieser Kommission heißt es: „Gerade anlässlich der letzten Vorstandssitzung in Hannover habe sich durch den Antrag der Firma Hüttenwerke Kayser AG (heute Aurubis), die Mitgliedschaft der Possehl Montan Handelsgesellschaft im VdM fortzuführen, die Frage ... einer neuen Struktur ...erneut gestellt. Ferner sei, nicht zuletzt wegen der politischen Entwicklungen, die derzeitige Satzung zu überprüfen und in einzelnen Punkten abzuändern. So sei die Begrenzung des Vereinsgebiets auf die Bundesrepublik und West-Berlin bereits überholt. Ferner

sei des Aufgabe der Kommission zu prüfen, welchen Weg der VdM in der Zukunft beschreiten wolle...“ Herr Schoof hebt hervor, daß der VdM als Sachwalter der Interessen des Handels eine wichtige Funktion erfülle. Selbst wenn ein Teil der Mitglieder Industrieaktivitäten entwickle, sei es wichtig, die spezielle Auffassung des Handels zu erarbeiten und bei Institutionen und Behörden zu vertreten. Ohne Zweifel gäbe es häufig gemeinsame Interessen von Industrie und Handel, hier arbeite man intensiv mit der Wirtschaftsvereinigung zusammen. Dennoch habe ich in der Vergangenheit häufig eine unterschiedliche Bewertung der Probleme aus der Sicht des Handels und der Industrie ergeben. Dabei sei es für den Handel hilfreich und nützlich gewesen, eine eigenständige Vertretung zu haben. Die seinerzeitige Öffnung des Verbandes durch die fördernde Mitgliedschaft habe diesen die Möglichkeit eröffnet, am Vereinsleben teilzunehmen.“ Die Arbeit der Kommission war recht schnell abgeschlossen, den bereits 1991 beschloss die Mitgliederversammlung erneut eine Namensänderung, der VdM benannte sich nunmehr in „Verein deutscher Metallhändler - Bundesverband des NE-Metallgroßhandels und der NE-Metallrecyclingwirtschaft“ um.⁹⁷ Gleichzeitig



wurde die Beschränkung des Vereinsgebiets auf die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin aufgehoben, fortan stand die Mitgliedschaft auch Industrieunternehmen und Firmen aus dem Ausland – wenn auch in unterschiedlichen Mitgliedsformen – offen.⁹⁸

Auch fachlich wandte sich der Verband neuen Aufgabenbereichen zu. Am 19.2.1987 tagte erstmals der neue Arbeitskreis Kabelzerleger unter Leitung von Maximilian Schäfer (siehe 4.5.1), „um den Firmen, die in diesem besonderen Arbeitsbereich unserer Branche tätig sind, ein Forum zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch anzubieten.“⁹⁹ Unter der Leitung von Dr. Herbert Zimmermann konstituierte sich am 24. März 1988 der Arbeitskreis Entsorgung¹⁰⁰, der sich primär mit abfallrechtlichen Fragestellungen beschäftigte. 1996 ging dieser Arbeitskreis im Umweltausschuss auf. Am 19.11.1992 wurde im Weimar der Arbeitskreis Elektronikschrott gegründet, nicht zuletzt um die damals geplante Elektronikschrottverordnung fachlich begleiten zu können. Zum ersten Leiter wurde Bernd Laage gewählt.

Hempels Amtszeit fasste Nachfolger Maximilian Schäfer in einer Laudatio am 22. April 1994¹⁰¹ wie folgt zusammen:

„War es zu Beginn der 80er Jahre die Diskussion mit Ministerien und Industrie um eine nationale Rohstoffbevorratung an sensiblen Metallen, so zeigte Mitte der 80er Jahre die Zinnkrise (siehe 4.4.3) die Verletzlichkeit auch des Metallhandels durch Spekulation und vagabundierende Finanzmittel. Es wurde erforderlich, den Verein daher auf eine breite Grundlage zu stellen, um die Repräsent-

anz des Metallhandels auf der politischen Bühne zu gewährleisten und die Aussagekraft zu stärken. Vor zehn Jahren wurde daher auf Deine Initiative hin die fördernde Mitgliedschaft eingeführt und vor wenigen Jahren die Satzung dahingehend geändert, dass auch ausländische Handelsfirmen ordentliche Mitglieder in unserem Verband werden können.

Deine große internationale Erfahrung ließ Dich rechtzeitig erkennen, dass eine Neuorganisation des Handels auf europäischer Ebene dringend erforderlich war. Das alte Verbindungskomitee (siehe 5.5) war den Anforderungen des europäischen Marktes nicht mehr gewachsen. Nach mehrmaligen Initiativen Deinerseits wurde 1989 Eurometrec¹⁰² gegründet, das Du bis vor wenigen Wochen als Präsident leitetest. In zahlreichen Sitzungen und Gesprächen in Brüssel und Bonn hast Du Dich für die Belange des Metallhandels eingesetzt und die europäischen Verbände zu gemeinsamen Initiativen geführt. Eurometrec konnte die Basler Konvention zwar nicht ungeschehen machen, doch gelang es, an den verschiedensten Stellen in Brüssel die Funktion des Metallhandels und der NE-Recycling-Wirtschaft zu verdeutlichen. Die unselige Einbeziehung von Sekundärrohstoffen in das Abfallregime wird uns allerdings auch weiter intensiv beschäftigen.“

Drei Ereignisse trafen unter Hempels Ägide die Metallwirtschaft in besonderer Weise, nämlich die Aufhebung des UMG, die Zinnkrise und die Basler Konvention.

AUS DEM PROTOKOLL DER STRUKTUR-KOMMISSION

Herr Hempel begrüßt die Teilnehmer zur ersten Sitzung der anlässlich der Vorstandssitzung in Hannover (01. Okt. 90) gebildeten Struktur-Kommission. Er erinnert an die Diskussion des Vorstandes zur strukturellen Entwicklung des Verbandes anlässlich der Vorstandssitzungen in Wertheim und Hannover. Gerade anlässlich der letzten Sitzung in Hannover habe sich durch den Antrag der Firma Hüttenwerke Kayser AG, die Mitgliedschaft der Possehl Montan Handelsgesellschaft im VdM fortzuführen, die Frage erneut gestellt. Ferner sei, nicht zuletzt wegen der politischen Entwicklungen, die derzeitige Satzung zu überprüfen und in einzelnen Punkten abzuändern. So sei die Begrenzung des Vereinsgebiets auf die Bundesrepublik und West-Berlin bereits überholt. Ferner sei es Aufgabe der Kommission zu prüfen, welchen Weg der VdM in der Zukunft beschreiten wolle und inwieweit die veränderte Mitgliederstruktur eine Veränderung der Zielsetzung der Verbandsarbeit erfordere.

4.4.1

HEINZ WERNER HEMPEL

HEINZ WERNER HEMPEL



Heinz-Werner Hempel (Firma F.W. Hempel & Co, Bremen) wurde am 1. Dezember 1928 in Bremen geboren. Nach Abschluss der kaufmännischen Lehre in Lübeck und Bremen war er von 1949 bis 1951 für die Firma Julius Schloß in London tätig, wo er erstmals in Kontakt mit Erzen und Metallen kam. 1952 bereiste Hempel die Welt, bevor er Anfang 1953 in die elterliche Firma eintrat, in welcher er 1962 persönlich haftender Gesellschafter wurde.

Die WELT schreibt am 22.02.2001 in einem Portrait über Hempel: „Es gibt kaum ein Land, das der Kaufmann noch nicht besucht hat. Sein Vater war es, der Hempel als jungen Mann nach London geschickt hatte, damit er dort berufliche Erfahrungen sammeln konnte. Quer durch das Land reiste er da-

mals und kaufte für eine international agierende Erzgesellschaft Rohstoffe ein. Danach stand die amerikanische Metropole New York auf dem Programm. Als Trainee arbeitete Heinz-Werner Hempel in den fünfziger Jahren dort für die South American Import Export Corporation. Im Anschluss daran ging es nach Südamerika. „Ich sollte damals die einzelnen Büros der Firma besuchen“, erinnert sich Hempel. Denn auch mehrere Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg lief der Geschäftsverkehr noch nicht so, wie vor den Wirren des Krieges. So einfach wie heute war die Kommunikation damals nicht. In den Zeiten, als es weder Telefax noch E-Mail gab, dauerte es manchmal zwei Tage, bis man eine Telefonverbindung bekam, erinnert sich der 72-Jährige. Auch Asien bereiste er geschäftlich: Egal ob Japan, Hongkong, Malaysia oder andere Staaten in Fernost - damals lernte er so manch fremde Kultur kennen. Nur nach China konnte er zum damaligen Zeitpunkt noch nicht reisen. Das wurde erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre möglich, so Hempel.

1973 wurde Hempel in den Vorstand des VdM gewählt, ab 1979 war er Leiter des Arbeitskreises Rohstofffragen. Zwölf Jahre, von 1982 bis 1994, war er Vorsitzender des Vereins. Ein besonderer Schwerpunkt Hempels war das Engagement in Europa. Er trieb die Gründung des europäischen Dachverbandes Euometrec voran (siehe 4.2.6), dessen erster Präsident er wurde.

Der engagierte Bremer war eng mit den Handelstraditionen seiner Heimat verbunden, er war lange Zeit einer der Organisatoren der Eiswette sowie der Schaffermahlzeit. Heinz-Werner Hempel verstarb am 8. August 2023 in Bremen.

4.4.2

DIE AUFHEBUNG DES UMG

1982 begann die Diskussion um die Aufhebung des Gesetzes über den Verkehr mit unedlen Metallen (UMG - siehe 1.11). Der VdM setzte sich vehement für den Erhalt dieses Gesetzes ein, denn das UMG war 1926 mit dem Ziel geschaffen worden, gegen die seinerzeit zunehmenden Metaldiebstähle wirksam vorgehen zu können. Staatssekretär Dr. von Würzen erklärte noch am 7. Mai 1982 vor der VdM Mitgliederversammlung, man sei „zu der vorläufigen Meinung gekommen, dass wir keine Initiative zu Gesetzesänderungen oder -aufhebungen ergreifen werden“. Ein Jahr später, im Oktober 1983, hatte er seine Meinung geändert und schrieb dem VdM: „Die Bemühungen um eine Entbüro-

kratisierung und Rechtsbereinigung im Bereich des Wirtschaftsrechts gaben Anlass, das Für und Wider einer Aufhebung der Gesetze noch einmal zu überprüfen. Dabei sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass die Argumente für die Aufhebung die eventuellen Nachteile überwiegen.“¹⁰³

Trotz aller Bedenken des VdM wurde das UMG 1984 aufgehoben.¹⁰⁴ Statt der bezweckten Entbürokratisierung folgte nun eine Rechtszersplitterung, denn mehrere Bundesländer führten als Ersatz für das UMG Metallhandelsverordnungen ein¹⁰⁵, die von Land zu Land unterschiedlich waren. Da sich die neuen Landesverordnungen in der Praxis als untauglich erwiesen, wurden sie später sukzessive wieder abgeschafft.

A.Deutsche Metallgesetze

1. Gesetz über den Verkehr mit unedlen Metallen (UMG)

Vom 23. Juli 1926 (RGBl. I S. 415)

Zuletzt geändert durch Art. 178 EGStGB vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, 588)
(BGBl. III 7126-2)

§ 1 Erlaubnispflicht

Wer im Inland Altmetall, Metallbruch oder altes Metallgerät ohne besonderen Kunst- oder Altertumswert aus unedlen Metallen oder unedle Metalle in rohem oder umgeschmolzenem Zustand zur gewerblichen Weiterveräußerung auch nach Be- oder Verarbeitung erwerben will, bedarf der Erlaubnis. Wenn der Gewerbebetrieb durch einen Stellvertreter ausgeübt werden soll, so bedarf auch der Stellvertreter der Erlaubnis.

Die oberste Landesbehörde kann bestimmen, ob und inwieweit der Betrieb von Schmelzereien und Gießereien, in denen unedle Metalle verarbeitet werden, der Erlaubnis bedarf oder sonstigen Beschränkungen im Rahmen dieses Gesetzes unterworfen werden soll.

4.4.3

DIE ZINN-KRISE



- ▶ **Furcht vor Verknappungen**
- ▶ **weniger große Preisschwankungen**
- ▶ **Sympathie gegenüber den zinnproduzierenden Staaten, die mehrheitlich den Entwicklungsländern zuzuordnen waren.**

Anfang der 50ziger Jahre drückten umfangreiche Produktionsüberschüsse auf den Zinnmarkt (...) nachdem die Vereinigten Staaten den Ankauf von Zinnmetall für die strategische Reserve eingestellt hatten. (...) Nach mehrjährigen Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen trat am 1. Juli 1956 das erste internationale Zinnabkommen (...) in Kraft. In dieser Vereinbarung waren folgende Bestimmungen enthalten:

- ▶ **die Festsetzung von Niedrigst- und Höchstpreisen**
- ▶ **die Einrichtung eines Ausgleichslagers**
- ▶ **Maßnahmen zur Erhebung von Exportkontrollen**

Mitte der achtziger Jahre kam es zu einer massiven Störung der globalen Metallmärkte, die sogar die Londoner Metallbörse (LME) in ihrer Existenz bedrohte. Auslöser war die sogenannte ‚Zinn-Krise‘. Zeitzeuge Dieter Likuski¹⁰⁶ berichtet: „Bei Zinn handelt es sich im Vergleich zu den anderen Basismetallen um einen mengenmäßig wesentlich kleineren Markt. Der größte Teil der Produktion verteilte sich dabei immer schon auf relativ wenige Länder. So sind seit 1920 verschiedene Versuche unternommen und Institutionen eingerichtet worden mit dem Ziel, den Zinnmarkt zu regulieren und zu kontrollieren. Dabei waren die treibenden Kräfte hinter dieser Aktion nicht nur Privatfirmen, sondern auch Regierungen. (...) Vor 1945 wurden diese Marktkontrolleinrichtungen, die aber auch schon damals in letzter Konsequenz zum Scheitern verurteilt waren, nur von Produzentenländern unterstützt. Nach dem 2. Weltkrieg beteiligten sich auch die Konsumentenländer, deren Interessen an einer Marktregulierung wie folgt beschrieben werden können:

Die Absicht war, mit Hilfe dieser Instrumentarien langfristig sowohl aus Sicht der Produzenten als auch der Konsumenten einen ‚fairen‘ Preis für das Produkt zu garantieren und unkontrollierte Preisbewegungen (...) auszuschließen.“

Das Abkommen war die Geburtsstunde des International Tin Council (ITC), der den internationalen Zinnmarkt kontrollieren sollte. Gründungsmitglieder waren 25 Hersteller- und Industriestaaten, unter anderem die Bundesrepublik Deutschland. Der VdM bewertete das Zinnabkommen lange Zeit positiv:

„Am Zinnmarkt hat sich das internationale Zinnabkommen (...) wiederum als preisstabilisierendes Element bewährt.“¹⁰⁷ Allerdings warnte er 1975 auch: „Doch wurden (...) in der Vergangenheit bereits mehrfach die Grenzen solcher Abmachungen sichtbar, da in Krisensituationen die Vorräte oder die Finanzmittel ausgingen.“¹⁰⁸

Ums Überleben

Dem internationalen Zinnhandel droht der Kollaps.

Wenige Sekunden lang droht ein Summertön, dann betreten 28 seios gekleidete Herren mit kleinen blauen Büchern in der Hand den Ring.

Dicht nebeneinander nehmen sie Platz auf der runden Bank, die einen mit farbor ausgelegten Kreis von nicht einmal fünf Metern Durchmesser säumt. Inter ihnen, vom inneren Zirkel durch ne niedrige Balustrade getrennt, drängen sich Dutzende von Männern und auen, die gespannt das Geschehen im ng beobachten. In Reichweite, an den inden des Runds, hängen Batterien n Telephon.

m Ring fliegen ein paar Wortfetzen und her, Zahlen werden zugerufen, der Kulisse kommen seltsam utende Handzeichen. Zunächst noch es eher gedämpft wie die Unterung im Theaterfoyer. Dann plötzlich reic, frenetischer Lärm. Auf einen Männer im Ring richten andere den er und skandieren lauthals eine. Der Summer ertöt.

endet in der London Metal Exge, dem größten Handelsplatz für reisenmetalle der Welt, ein „Ring“. nd dreißigmal am Tag pokern auf detailhändl-

aus eigenen Vorräten soviel Z der Preis – zum Nutzen der Ver – wieder fiel. Sackte umgekehrt unter die vereinbarte Untergren kaufte der ITC soviel Zinn, bis an der Warenbörse – zum V Produzentenländer – wieder Das aufgekaufte Zinn steckte in ein Ausgleichslager.

Genau das hätte de Koning oft zuvor auch vorletzte Woche sen. Der Zinnpreis war kurz senbeginn auf 8140 Pfund pr gerutscht, 360 Pfund unter Zinnrat gesetzten Mindestpreis.

Für Stützungskäufe hatte de allerdings keinen Penny mehr. V Preis für das silbrigweiß glänzenti tall immer häufiger unter den Int tionspunkt gefallen war, hat der



Tin Crisis Has Ripple Effects

Metal Market Threatened

By Peter Lamb

LONDON, Oct. 25 — The tin market is threatened by the prospect of a sharp fall in tin prices, which could trigger a chain reaction in the metal market.

The tin market is threatened by the prospect of a sharp fall in tin prices, which could trigger a chain reaction in the metal market.

The tin market is threatened by the prospect of a sharp fall in tin prices, which could trigger a chain reaction in the metal market.



Tin Council's Grip Said to Be Loosening

By STEVE LOHR

Special to The New York Times

LONDON, Oct. 25 — The halt in tin trading yesterday in London and Malaysia, after the International Tin Council acknowledged that it had run out of money to support prices, dramatically underscored the difficulty of maintaining a commodity cartel in the face of weak demand and new producers.

Today, metals analysts and traders said that the council's grip on the world market was in doubt.

leading metals market, below the council-designated floor price of the equivalent of \$12,070, or £3,500, a ton. Yesterday, when trading was stopped, the tin price was \$11,500.

The tin council no longer had the funds to prevent the price decline. So Pieter de Koning, the council's buffer-stock manager, telephoned the chief executive of the London Metal Exchange, Michael Brown, asking for a stop in tin trading. The trading halt is expected to continue through Monday, and possibly longer.

To offset price declines, the council buys tin in the marketplace and maintains a stockpile that now amounts to 62,000 tons. The stockpile, equal to 62 percent of current annual global consumption, is worth about \$700 million.

member nations met today in London. They will meet again next Tuesday and Wednesday to try to find a solution to their difficulties. The tin council is composed of producers, led by Malaysia, Indonesia and Thailand, and consumer nations, mainly Europe and Japan. Council officials dislike having their group called a cartel, since it includes consumers. But in recent years, all its members have been dedicated to maintaining prices that analysts agree have been artificially high.

Falling Consumption The council would be for the put up more purchases. Y countries with sums for a well be

Nonetheless, the troubles for the tin producers extend well beyond the immediate crisis. Consumption of the soft, malleable metal has fallen off steadily in recent years. Global tin consumption fell to 160,000 tons last year, down from 185,000 tons in 1979.

Tin's main use is as a coating on steel cans and containers, since it resists corrosion, keeping foods and beverages unspoiled. But increasing-ly, companies are switching to aluminum cans and plastic coatings on steel containers.

At the same time, the tin council producers' share of the world market is declining, undermining the council's power in the marketplace. To ade apt, the cartel members con- sidered 80 percent of production. Their share has slipped to 60 percent.

The tin council producers such

The New York Times

„Im Oktober 1985 kam es dann zum Ausbruch der sogenannten Zinnkrise, in deren Folge auch die Londoner Metallbörse als Ganzes monatelang um ihren Fortbestand bangen musste. (...) Mit Inkrafttreten des internationalen Zinnabkommens im Jahre 1956 bis etwa Ende der 60er wurde die Zinnproduktion so stark gedrosselt, dass sie vorübergehend nicht mit dem starken Verbrauchswachstum Schritt halten konnte. Entsprechend deutlich stiegen die Zinnpreise auf den Märkten in London, New York und Penang/Malaysia. (...) 1976 begann abermals eine steil nach oben gerichtete Preisentwicklung. In den folgenden 4 Jahren lagen die Zinnnotierungen fast permanent über der oberen Preisgrenze, obwohl die Interventionsspannen bereits mehrfach beträchtlich angehoben worden waren. Dieser praktisch ungebremste Preisauftrieb führte dazu, dass sich viele Verarbeiter von Zinnmetall nach billigeren Alternativen umsahen. Der entsprechend gesunkenen Nachfrage stand jedoch eine verhältnismäßig hohe Zinnproduktion gegenüber. Die hohen Zinnpreise regten die Exploration weltweit an. (...) Jetzt zeigte sich die fehlende Flexibilität des internationalen Zinnrates bei der Anpassung der Preisspannen. Während in

Zeiten steigender Zinnpreise die Interventionsspannen mehrfach heraufgesetzt wurden (...) konnten sich die Mitglieder in den darauf folgenden Zeiten der Überproduktion und damit einhergehend rückläufiger Zinnpreise nicht auf eine Senkung der Preisspannen verständigen. So war der Bufferpoolmanager gezwungen, zur Verteidigung des Niedrigstpreises ständig Zinn zu kaufen, was seine finanziellen Möglichkeiten bald erschöpfte. Der Ordnung halber sei erwähnt, dass Vorgänge an den internationalen Finanzmärkten den Zusammenbruch beschleunigten. (...) Am 24. Oktober 1985 musste der Bufferpoolmanager aufgeben. Der internationale Zinnmarkt stand bei 36 Gläubigern, darunter Banken und Metallhändler, mit rund 900 Millionen Pfund in der Kreide. Dagegen standen die bereits verpfändeten Bestände des Ausgleichslagers, die sich damals auf etwa 64.000 Tonnen beliefen und deren Wert aufgrund des nun einsetzenden Preiseinbruchs drastisch sank. Der Manipulation war damit ein Ende gesetzt. Die Sünden gegen das freie Spiel der Kräfte sollten sich nun rächen; die Folge war ein rapider Preisverfall.“¹⁰⁹

DIE ZEIT berichtete damals: „Die Sterbeglocke schlug eigentlich schon am 24. Oktober, als Pieter de Koning, Manager des Preisstabilisierungsfonds für Zinn, den Offenbarungseid leistete und dem Börsenvorsitzenden Michael Brown in einem folgenschweren Telefongespräch eröffnete, er habe kein Geld mehr, um sich durch weitere Zinnaufkäufe gegen den Preisverfall zu stemmen und seine Kaufverpflichtungen zu erfüllen. Eine Schockwelle lief durch die Metallbörse und erfasste auch Mitglieder und ihre Geschäftspartner, die nicht direkt ‚im Zinn‘ waren. Von Kettenreaktion und Schneeballeffekt war die Rede. Angst verbreitete sich, dass eine Lawine losgetreten werden könne, wenn auch nur ein Gläubiger des Zinnrates wegen dessen Zahlungsunfähigkeit selber in Konkurs geht. Die Welt des Rohstoffhandels und der Finanzen ist eng verstrickt. (...) Dem verstörten Börsenvorstand blieb nichts anderes übrig, als sofort den Zinnhandel aussetzen. Sofort schrumpfte auch das Umsatzvolumen bei anderen Metallen; die Aktienkurse der Zinnminen sackten ab.“¹¹⁰ Während der Zinnkrise halbierte sich in kürzester Zeit der Preis für das Metall. „Der rapide Verfall führte dazu, dass Minen schließen mussten. An der LME brach der Handel völlig zusammen, weil (...) der internationale Zinnrat, seine finanziellen Verpflichtungen nicht einhalten konnte.“¹¹¹

„Prekär wurde die Situation auch für die Londo-ner Metallbörse. Etwa die Hälfte ihrer Mitglieder hatte Geschäfte mit dem Zinnrat getätigt, d.h. für den Bufferpoolmanager Zinn gekauft, das nun vom internationalen Zinnrat nicht vertragsgemäß abgenommen und bezahlt wurde. Tagelang schien die gesamte Institution der Börse gefährdet, bevor Anfang März 1986 nach fieberhaften Beratungen der Entschluss gefasst wurde, dass alle am 24. Oktober 1985, dem Tag des letzten Zinnhandels an der LME, noch offenen Ein- und Verkaufsverträge zu einem Kurs von Pfd.-Stg. 6.250 per mto gegeneinander aufgerechnet werden. (...) Es spricht für die Qualität dieser Firmen,

dass sie sämtlichst ihre Verpflichtungen gegenüber dritten und damit anstelle des Zinnrats in dieser Höhe erfüllten.“¹¹²

”

„Der rapide Verfall führte dazu, dass Minen schließen mussten. An der LME brach der Handel völlig zusammen, weil (...) der internationale Zinnrat, seine finanziellen Verpflichtungen nicht einhalten konnte.“¹¹¹

“

Es folgte ein jahrelanger Rechtsstreit darüber, wer letztlich für den entstandenen Schaden zu haften habe. „Die Gläubiger des Zinnrates vertraten die Auffassung, dass die Mitgliedsländer des Zinnrates dafür haftbar seien.“ Letztlich verständigte man sich in einem Vergleich auf eine Zahlung von 182,5 Millionen Pfund.¹¹³ Nach der Zinnkrise wurde die Frage des Haftungsdurchgriffs bei internationalen Organisationen Bestandteil einer intensiven Diskussion im Völkerrecht.¹¹⁴

Auch auf die LME hatte die Zinnkrise dauerhafte Auswirkungen. Die LME besaß seinerzeit kein Clearing-House, „was zur Folge hatte, dass es keine solidarische Haftung gab, sondern jedes Börsenmitglied (Ring Dealing Member oder Principal) selbst haftete. Durch den Zusammenbruch des Zinnmarktes (...) musste die LME ihren Handel mit Zinn einstellen, da die Kontrakterfüllung bis zu diesem Zeitpunkt nicht durch ein Clearing-House garantiert wurde. Als Folge dieser sogenannten Zinnkrise erfolgte die Neuorganisation der LME, (...) seit 1987 sind alle an der LME abgeschlossenen Geschäfte von einem Clearing-House erfasst.“¹¹⁵

4.4.4

BASLER KONVENTION



VORSTAND UND GESCHÄFTSFÜHRUNG 1988:
OBEN: MÜNSTER, VON LAFFERT, LANDSMANN, EDELMANN, HARTMANN, WEBER, SCHÄFER, ECKERT
UNTEN: JACOB, HOEREN, HEMPEL, SCHOOF, KROLL

Sekundärrohstoffe wie NE-Metallschrott wurden bis Anfang der neunziger Jahre von der Politik als Wirtschaftsgut betrachtet. Die staatliche Zuständigkeit lag beim Bundeswirtschaftsministerium. Bis Mitte der 80er Jahre bestanden in der EU sogar für viele NE-Schrotte und Rückstände mengenmäßige Ex-

portbeschränkungen zur Sicherung der europäischen bzw. nationalen Rohstoffversorgung. Erst im Rahmen der GATT¹¹⁶-Verhandlungen wurden diese wegen „unerlaubten Eingriffs in den internationalen Handel“ aufgehoben. Die letzten Ausfuhrbeschränkungen bzw. Lizenzverfahren zum Export von Metallschrotten liefen Ende 1989 aus.¹¹⁷ Trotzdem konnte sich die Metallwirtschaft nur bedingt freuen, denn es drohten neue Handelsbeschränkungen, diesmal aus ökologischen Gründen. 1989 vereinbarten die Parteien der Basler Konvention¹¹⁸ einen neuen, umfassenden Abfallbegriff. Die bis dahin übliche Trennung zwischen Abfällen und Sekundärrohstoffen wurde aufgehoben und unter einem neuen Abfallbegriff zusammengefasst. Aus den bisherigen Sekundärrohstoffen wurden „Abfälle zur Verwertung“.¹¹⁹ 1988 zeigte sich der VdM in seinem Geschäftsbericht noch optimistisch:

„Da die Abfallverbringungs-Verordnung nur für Abfälle bzw. nichteisenmetallhaltige Abfälle gilt, kommt ihre Anwendung grundsätzlich nicht für Wirtschaftsgüter und damit nicht für die vom Altmetallhandel erfassten und aufbereiteten Altmetalle in Betracht.“ Der Bundesrat sah den neuen Abfallbegriff kritisch und stellte am 10.11.1989 fest, dass Schrotte nicht den Vorschriften des Abfallrechts unterfallen sollen, weil der *„hohe Materialwert ihre vollständige Verwertung garantiere“*. Vielmehr äußerte der Bundesrat die Befürchtung, dass die Vorschriften der

Die Kapriolen der Brüsseler Bürokraten

Wie die Europäische Union wertvollen Nicht-Eisenschrott in Abfall verwandelt

Von MAXIMILIAN SCHÄFER

Die Europäische Union hat sich unlängst in der Bananenfrage weltweit blamiert. Wir alle müssen beim Einkauf im Supermarkt hierfür mitbarer Münze bluten – dies ist inzwischen hinlänglich bekannt. Weniger bekannt ist eine andere Kapriole der EU, nämlich ein Regelwerk mit der typisch bürokratisch-prägnanten Bezeichnung „Verordnung (EWG) Nr. 259/93 des Rates zur Überwachung und Kontrolle der Verbringung von Abfällen in der, in die und aus der Europäischen Gemeinschaft“. Die Bürger Europas können aus dieser Verordnung eines lernen, nämlich wie die EU aus wertvollen Rohstoffen Abfall macht. Und dabei fing alles so harmlos an.

Politiker hatten sich zum Ziel gesetzt, Abfälle geregelt zu entsorgen und vor allem auch darauf zu achten, daß die sogenannte Dritte Welt nicht Müllkippe der Industriestaaten wird. Eine richtige und löbliche Initiative, von der wir als NE-Metallhändler und NE-Metallrecyclingwirtschaft allerdings nicht betroffen würden – so glaubten wir jedenfalls.

NE(Nicht-Eisen)-Metallschrott und Rückstände gelten von jeher als wertvolle Sekundärrohstoffe. Sie sind ebenso anerkannte Rohstoffe wie Erze, Konzentrate oder Neumetalle. Der weltweite Handelsaustausch auf diesem Sektor blühte zum Nutzen der Industriestaaten und der sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer. Denn NE-Schrotte sind unverzichtbar für die industrielle Entwicklung.

Ihr Wert ist so hoch, daß NE-Schrotte orientiert an der Preisentwicklung der Londoner Metallbörse gehandelt werden. So wurde Anfang April 1995 beispielsweise die hochwertige Kupferart „Grade A“ mit 4170 DM pro Tonne bewertet und blanker Kupferdrahtschrott nur wenig geringer mit 4000 DM pro Tonne.

Angesichts derartiger Werte war es in der Vergangenheit undenkbar, NE-Schrotte (z. B. Blei-, Kupfer-, Nickel-, Zink- oder gar Gold-, Silber- und Platinschrotte) als Abfall zu bezeichnen. Im Gegenteil: Bis zur Mitte der achtziger Jahre



Maximilian Schäfer wurde am 22. April zum Vorsitzenden des Vereins deutscher Metallhändler gewählt

bestanden in der EU zur Sicherung der regionalen Rohstoffversorgung für viele NE-Schrotte und Rückstände Exportkontingente, da die Primärstoffe in Europa so gut wie gar nicht vorhanden sind.

Aus dieser Sicht wird der Metallhandel als „Bergwerk über Tage“ bezeichnet. Erst nach langen Verhandlungen und unter dem Druck der Unverzichtbarkeit von Exportkontingenten mit dem Gatt-Abkommen wurden diese damals aufgehoben.

Um so mehr wurde die Weltwirtschaft überrascht, als in einer internationalen Konvention in Basel 1989 unter anderem NE-Schrotte plötzlich per Definition zu Abfall erklärt wurden. Unsere Hinweise auf den hohen Wert der NE-Schrotte, Klassifikationen zur Bestimmung von Qualitäten und auf den jahrhundertealten, traditionellen weltweiten Handel mit ihnen wurden ignoriert. Das Baseler Abkommen wurde ratifiziert. Die EU setzte das Abkommen mit der obengenannten Verordnung in EU-Recht um und präsentierte zur Umsetzung ein kaum verständliches, handelshemmendes Regelwerk.

Dies hatte zur Folge, daß der Handel mit NE-Schrotten „in der, in die und aus der EU“ nunmehr einem umfangreichen, teuren Notifizierungsverfahren unterliegen. Um das Schlimmste für die bisher freien Rohstoffmärkte zu verhin-

dern, wurde im Rahmen der OECD ein Listensystem entwickelt, welches „Abfälle“ in die Kategorien grün, gelb und rot einteilt. Zwar wurde ein großer Teil der Metallschrotte und metallhaltigen Rückstände dem System der grünen Liste – deren Stoffe nur in bestimmten Ausnahmefällen notifizierungspflichtig sind – zugeordnet, doch die EU-Verordnung sieht vor, daß relativ einfach grüne „Abfälle“ dem komplizierten Genehmigungsverfahren der gelben Liste unterstellt werden können. (Kleine Anmerkung am Rande: In der EU-Verordnung werden Goldschrotte an erster Stelle der „grünen“ Abfälle genannt!)

Die deutschen Behörden, bemüht, immer die Ersten und Besten zu sein, setzen dem ganzen mit besonders strengen Formalanforderungen noch die Krone auf.

Beispiel 1:

Auf die Gefahr hin, daß „Abfälle“ nicht ordnungsgemäß verbracht werden, muß vom Händler gemäß EU-Verordnung eine Sicherheitsleistung hinterlegt werden, um damit ggf. eine spätere Rückführung zu finanzieren. Diese Sicherheitsleistungen werden in Deutschland weitaus höher bemessen als in anderen EU-Staaten. Soll beispielsweise Zinkasche aus Belgien nach Indien verbracht werden, so verlangen die belgischen Behörden pro Container (etwa 20 Tonnen) als Sicherheitsleistung umgerechnet 3000 DM. Die deutschen Behörden verlangen bereits für die Verbringung der gleichen Menge innerhalb der EU 16 000 DM.

Hier führt die deutsche Politik eine Wettbewerbsverzerrung zuungunsten deutscher Unternehmen herbei und gefährdet ohne Not Tausende Arbeitsplätze. Der Standort Deutschland wird systematisch demontiert.

Beispiel 2:

Als wäre die oben erwähnte individuelle Sicherheitsleistung nicht mehr als genug, hat Deutschland (und nur Deutschland!) die Gründung eines sogenannten „Solidarfonds“ gesetzlich vorgeschrieben. Künftig soll zusätzlich für jede Tonne exportierten NE-Metallschrotts, sofern eine Notifizierung vorgeschrieben ist, ein noch festzu-

legender Betrag in einen Topf eingezahlt werden. Mit diesen Mitteln sollen nicht ordnungsgemäß verbrachte „Abfälle“, soweit man des Notifizierungspflichtigen nicht habhaft werden kann, zurückgeführt werden.

Die ehrlichen Händler werden bestraft, weil sie für die Untaten der schwarzen Schafe bezahlen müssen, und der deutsche Handel wird – im Gegensatz zur europäischen Konkurrenz – wieder einmal zusätzlich belastet werden und kann so immer weniger auf dem Weltmarkt bestehen.

Nach alledem sollte man doch eigentlich meinen, daß Steigerungen dieses bürokratischen Unfugs nicht mehr möglich sind. Weit gefehlt – dem Europäischen Parlament ist dies Anfang April gelungen. Es forderte mit großer Mehrheit, nicht nur den Export von Abfällen zur Deponierung, sondern auch alle „Abfalllexporte zur Verwertung“ in Nicht-OECD-Länder ab 1998 zu verbieten. Hierunter fallen – per Definition – auch NE-Schrotte.

Dieser Beschluß ist nicht nur für den europäischen Handel erschreckend, viel schlimmer trifft es die Länder, die man eigentlich schützen wollte.

So haben gerade im Aufbau befindliche Länder wie Indien, Malaysia etc. reichlich Recyclingkapazitäten, die sie ab 1998 nicht mehr voll nutzen können. Diese Länder werden dadurch vom Weltmarkt für NE-Metall-Sekundärrohstoffe abgeschnitten, was zu einer gravierenden Störung der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder führen wird. Da sie einerseits die installierten Kapazitäten nicht mehr nutzen können, sind sie andererseits zur Deckung ihres eigenen Rohstoffbedarfs gezwungen, sich auf dem Weltmarkt mit teuren primären Rohstoffen zu versorgen.

Wir müssen auch dem letzten Politiker deutlich machen: Sekundärrohstoffe wie NE-Metallschrotte sind kein belastender Abfall, sondern verwertbare Rohstoffe. Jede andere Einstellung wird der Umwelt auf Dauer mehr schaden als nützen! Noch ist es Zeit, dauerhaften Schaden von der Weltwirtschaft abzuwenden.

MAXIMILIAN SCHÄFER 1995 IN DER WELT
ZUM NEUEN ABFALLBEGRIFF

Abfallverbringungs-Verordnung „unter Umständen sinnvolle Verwertungsvorgänge behinderten, ohne dass ein Überwachungsbedarf gegeben sei.“¹²⁰ Dennoch übernahm die EU 1991 den in Basel beschlossenen Abfallbegriff und Deutschland machte ihn am 6. Oktober 1996 durch das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz zu geltendem Recht. Die Branche

bewegte sich ab sofort im Abfallregime. Ein politischer Kardinalfehler, ökologisch nicht erforderlich aber mit großen ökonomischen Nachteilen für die Metallwirtschaft. Ein langsames Umdenken begann erst rund 25 Jahre später im Zuge der aktuellen Rohstoffdiskussion¹²¹.

4.4.5

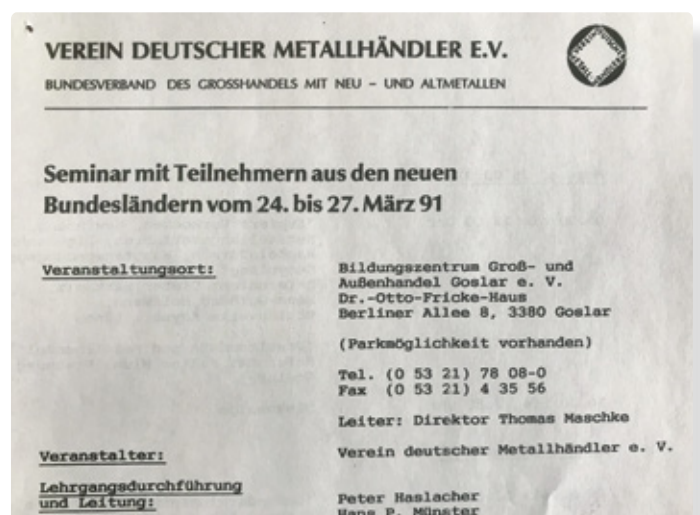
„DIE WENDE“

Der Aufbau des VdM vollzog sich ab 1945 ausschließlich in Westdeutschland, eine verbandliche Struktur in der DDR gab es nicht (siehe 3.2.3 und 4.3.6). Das sollte sich nach dem Fall der Mauer am 9. September 1989 ändern. *„Verschiedentlich wurde in den vergangenen Wochen die Geschäftsstelle aus der DDR angesprochen und um Informationsmaterial gebeten. Soweit wie möglich sind wir bereit, an dem Aufbau oder der Organisation des Metallhandels in der DDR mitzuwirken. Eine Mitgliedschaft dortiger Großhandelsfirmen im VdM (...) würden wir sehr begrüßen“*, betonte VdM-Vorsitzender Hempel auf der Mitgliederversammlung am 26. April 1990, an der auch 2 Gäste aus der DDR teilnahmen. Der Vorstand hatte sogar geplant, die VdM-Mitgliederversammlung 1991 in Ost-Berlin stattfinden zu lassen. *„Die ins Auge gefassten Hotels waren jedoch nicht in der Lage, die Bewirtung am Begrüßungsabend sicherzustellen. Wir mussten deshalb auf ein West-Berliner Hotel zurückgreifen“*, so Hempel.¹²² Auch in West-Berlin war es wohl in jener Zeit nicht so einfach, denn getagt wurde 1991 schließlich im Münchener Hotel Vier Jahreszeiten. Dort konnte Hempel vermelden: *„Wir haben, soweit gewünscht, Firmen in den Verteiler unserer Rundschreiben aufgenommen und im Oktober letzten Jahres eine Informationsveranstaltung in Hannover durchgeführt. (...) Wir haben die uns bekannten Firmen zur Mitarbeit im VdM eingeladen. Einige haben sich bereits für uns entschieden, andere werden sicherlich noch folgen.“*¹²³

Der spätere VdM Vizepräsident Peter Haslacher erinnert sich an ein VdM Grundlagenseminar in Goslar¹²⁴: *„Nach der Wiedervereinigung stellten wir fest, dass es in der ehemaligen DDR noch selbstständige Händlerkollegen gab. Ganz schnell fiel im Vorstand der Beschluss, diese Kollegen nach Goslar einzuladen und das ein paar*

Monate vorher stattgefunden Seminar für sie zu wiederholen. Zusammen mit Teilnehmern die im vorhergehenden Seminar keinen Platz mehr bekommen hatten, fand vom 24. bis 27. März 1991 ein zweites Seminar mit elf Kollegen aus den neuen Bundesländern statt. Der Begrüßungsabend begann sehr steif und war geprägt von Berührungsängsten auf beiden Seiten. Ein paar Träger Bier lösten später alles auf, das Seminar entwickelte sich fantastisch und es sind viele Zusammenarbeiten damals entstanden.“ Die Bundesregierung förderte zu dieser Zeit Schulungsveranstaltungen für Teilnehmer aus Ostdeutschland, indem sie auf Antrag Zuschüsse gewährte.

Schon vor der Wiedervereinigung wurde am 5. April 1990 in Halle/Saale der „Verband der Schrotthändler der DDR e.V.“ gegründet. Vorausgegangen war nach dem Mauerfall ein Gründungsauf Ruf in der Gewerkschaftszeitung Tribüne. Geschäftsführer wurde der am 6. Oktober 1949 in Zeuchfeld bei Halle geborene Klaus Bunzel (siehe 4.3.6 und 4.5.3). Bunzel hatte nach seinem Studium zum Ingenieur für die Grundstoffindustrie und einem anschließenden wirtschafts-



wissenschaftlichem Fernstudium zum Dipl.Oec. als Einkaufsleiter im Kombinat Metallaufbereitung Halle, dem Zusammenschluss von Schrottunternehmen, gearbeitet und kannte sich seit Beginn seiner Tätigkeit im Jahre 1970 in der Branche bestens aus. Rasch gelang es ihm, die bisher nicht organisierten Betriebe in der DDR in einem Verband nach westlichem Muster zu organisieren. Hierzu gehörte auch der persönliche Besuch aller Mitglieder und fachliche Gespräche mit den Vertretern der bundesdeutschen Recyclingverbände BDS und VdM. Da die meisten Mitgliedsbetriebe (Fe-)Schrotthändler waren, wurde der DDR-Verband nach der Wiedervereinigung zur Landesgruppe Ost des BDS (heute BDSV) in Düsseldorf, Bunzel übernahm dort die Position des stellvertretenden Geschäftsführers. Die im DDR-Schrottverband vertretenen Metallhändler schlossen sich dagegen meist dem VdM an¹²⁵.

Am 29. Oktober 1991 fand „mit guter Beteiligung von westdeutschen und ostdeutschen Händlern“¹²⁶ der erste VdM Trefftag Ost in Leipzig statt, einige Wochen zuvor war das erste Juniorenseminar in Sachsen (Rackwitz) bzw. Sachsen-Anhalt (Hettstedt) durchgeführt worden.¹²⁷ Am 22. April 1994 wurde mit Dresden erstmalig eine ostdeutsche Stadt Tagungsort der VdM Mitgliederversammlung. Schon 1991 beschloss die Mitgliederversammlung, für ostdeutsche Unternehmen, die dem VdM beitreten wollten, reduzierte Beiträge: „Für das Jahr 1991 zahlen Mitglieder aus den neuen Bundesländern in der jeweiligen Beitragsstaffel ein Drittel der sonst fälligen Beiträge; für 1992 sind zwei Drittel, für 1993 die vollen Beiträge vorgesehen. Eine Aufnahmegebühr wird nicht erhoben.“¹²⁸

Wird von der Leitstelle ausgefüllt ▶ 4

Antrag für einen Zuschuß zu einer Informations- und Schulungsveranstaltung für Unternehmer, Führungs- und Fachkräfte und Existenzgründer in der DDR und Berlin (Ost) **DDR**
(Dem Antrag sind die in Nr. 5.2.1 bis 5.2.3 der Richtlinien genannten Unterlagen beizufügen!)

An (Leitstelle)
Bundesbetriebsberatungsstelle
für den Deutschen Groß- und
Außenhandel GmbH
- Leitstelle für Gewerbeförderung -
Postfach 1228
Kaiser-Friedrich-Str. 13
5300 Bonn 1

Der Antrag kann nur bearbeitet werden, wenn er vollständig ausgefüllt ist!
Der Antragsteller haftet für die Richtigkeit der Angaben!

Eingangsstempel

Bitte mit Schreibmaschine oder in Druckschrift ausfüllen Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ X

Hiermit beantrage(n) ich-/wir als Veranstalter einen Zuschuß aus Fördermitteln des Bundes für eine Informations- und Schulungsveranstaltung nach den „Richtlinien des Bundesministers für Wirtschaft über die Förderung von Informations- und Schulungsveranstaltungen (Fort- und Weiterbildung) für Unternehmer, Führungs- und Fachkräfte und Existenzgründer in der DDR und Berlin (Ost)“.
(Die folgenden Angaben unterliegen den Rechtsbestimmungen über den Datenschutz.)

1. Antragsteller (Veranstalter)

1.1 Name, Vorname/Firma
Verein deutscher Metallhändler e.V.

Anschrift (Straße, Haus-Nr. PLZ, Ort)
Heilsbachstr. 25, Postfach 14 03 62, 5300 Bonn 1

Bundesland
Nordrhein-Westfalen

Telefon
(02 28) 64 57 61/62/

Bankverbindung
Deutsche Bank 380 700 59 328 2050

1.2 Tätigkeitsbereich/Funktion/Aufgaben des Antragstellers

Bezeichnung
Interessenvertretung des NE-Metallhandels

2. Veranstaltung

2.1 Art der Veranstaltung

Bezeichnung
Seminar mit Teilnehmern aus den neuen Bundesländern



KLAUS BUNZEL, GRÜNDER DES DDR SCHROTTVERBANDES 1990.
RECHTE: BUNZEL



SEMINAR AUS OST UND WEST
IN HETTSTEDT, 1991

4.5

LETZTE DEKADE DES VDM IN BONN

Als am 22. April 1994 Maximilian Schäfer zu neuen VDM Vorsitzenden gewählt wurde, begann die letzte Dekade des Vereins in der früheren Bundeshauptstadt Bonn. Bereits am 20. Juni 1991 hatte der Deutsche Bundestag entschieden, den Sitz von Parlament und Regierung nach Berlin zu verlegen. In der Folge wechselten auch zahlreiche Verbände und Institutionen in die neue Hauptstadt („Rutschbahneffekt“). Für den VDM war ein Umzug zunächst kein Thema, nicht zuletzt, weil der Verein in Bonn über ein gut funktionierendes Team verfügte und der amtierende Geschäftsführer Hans P. Münster Bonn als Geschäftsstellensitz favorisierte. Brüssel sei von Bonn schneller zu erreichen als von Berlin, zudem sitze sowohl das für den VDM so wichtige Umweltministerium mit seiner Abfallabteilung als auch das Fachreferat NE-Metalle des Bundeswirtschaftsministeriums weiterhin am Rhein, argumentierte er.

In Schäfers Amtszeit fiel Anfang 1995 die Einführung eines neuen Erscheinungsbildes für den Verein. Das alte Logo aus dem Jahre 1956 (siehe 4.2) wurde modernisiert, rot als Verbandsfarbe eingeführt und die Schreibweise der Abkürzung von VdM auf VDM geändert. Die Grundidee des Logos, nämlich den Querschnitt eines Rohres mit innenliegendem Querschnitt eines Metallblocks zu zeigen, wurde beibehalten. 2016 erfolgte ein moderates Redesign.



1995 initiierte der VDM erstmals eine Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Abfallverbringungsgesetz von 1994 sah die Errichtung eines Solidarfonds Abfallrückführung vor. *„Der Fonds soll die Kosten übernehmen, die durch eine staatlich veranlasste Rückführung illegal verbrachter Abfälle entstehen, soweit ein Rückführungspflichtiger nicht (...) festgestellt wird. Zu diesem Zweck sollen auf alle Stoffe, die (...) notifizierungspflichtig sind, zusätzlich zu der ohnehin schon vorgeschriebenen Kauti- on, noch (...) Solidarbeiträge eingezahlt werden.“*¹²⁹ Da der VDM als Verband nicht selbst klagebefugt¹³⁰ war, organisierte er zusammen mit der Wirtschaftsvereinigung Metalle eine Reihe von Mitgliedsunternehmen, die bereit waren, die Verfassungsbeschwerde

einzureichen. Da der Solidarfonds trotz der Beschwerde zunächst seine Arbeit aufnahm, entsandte der VDM mit seinem Vorstandsmitglied Siegfried Jakob einen ‚Aufpasser‘ in den Solidarfonds: *„Damit wir nun wissen (...) was mit unseren Moneten passiert, habe ich mich bereit erklärt, für den Beirat zu kandidieren. Mein Stellvertreter wird Herr Münster sein, dem ich die Arbeit dann zuschieben werde“*, erklärte der humorvolle Jakob auf der VDM Mitgliederversammlung 1996¹³¹ in Berlin. Die Branche musste einen langen Atem haben, denn es dauerte fast zehn Jahre bis das Bundesverfassungsgericht am 17. März 2005¹³² urteilte, dass der Solidarfonds Abfallrückführung mit dem Grundgesetz unvereinbar und deshalb nichtig ist. Der VDM hatte auf ganzer Linie gewonnen, der Staat musste den Unternehmen die zuvor eingezogenen Beiträge zurückzahlen.

1996 kam es, verursacht durch den Kupferhändler Hamanaka, zu einem massiven Einbruch der Kupfernotierungen, der für einige Metallhändler das Ende bedeuten sollte. Zeitzeuge Theo Meyer erinnert sich¹³³: *„Der damals größte Kupferhändler der Welt, die Firma Sumitomo Corp. Osaka, musste einen Verlust von mindestens 1,8 Milliarden US-Dollar (2,8 Mrd. DM) aus den letzten Jahren durch unerlaubte Spekulationen in London und New York eingestehen. (...) Dem Unternehmen wurde zwar ein Jahresumsatz von 200 Mrd. DM unterstellt, aber die Gerüchteküche begann heftig zu brodeln: Kann Sumitomo den Verlust überleben? Wie weit sind andere Handelshäuser involviert? Wie kann so etwas überhaupt passieren?“* Folgendes war geschehen: *„Der verantwortliche Manager, der hochgeachtete und als Mr. Fünfprozent titulierte Yasuo Hamanaka (er soll stets 5 Prozent des Kupferhandels kontrolliert haben), hatte seit Jahren unbeaufsichtigt und unkontrolliert Transaktionen mit Kupfer durchgeführt, die am 5.6.1996 vom Unternehmen nicht mehr*

zu verheimlichen waren und den zuständigen Aufsichtsbehörden in New York und London gemeldet wurden. Sumitomo Präsident Akiyama erklärte, Hamanaka habe zehn Jahre geheime Bücher geführt, in denen doppelt so hohe Beträge aufgeführt waren als dem Unternehmen offiziell bekannt waren. Die Bankunterlagen für diese Geschäfte seien von den zuständigen Banken direkt an Hamanaka gegangen. Erst als ein solches Dokument ‚irrtümlich‘ in der Konzern-Finanzabteilung ‚gelandet‘ ist, sei man aufmerksam geworden.“ Am 6. Juni 1996 fiel daraufhin *„innerhalb von zwei Stunden der Kupferkurs an der LME um sagenhafte 15 Prozent!“*

Letztlich sank der Kupferpreis innerhalb eines Tages um 27 Prozent, was für Sumitomo einen Verlust von 2,6 Milliarden US-Dollar bedeutete, also etwa ein Zehntel des Firmenkapitals.¹³⁴

Ein Fiasko für Metallhändler, die - Spekulationsgewinne vor Augen – es versäumt hatten ihre Positionen durch Hedge-Geschäfte abzusichern. Hamanaka *„war geständig und wurde mit sofortiger Wirkung seines Postens enthoben und entlassen. Am 26.3.1998 wurde er zu 8 Jahren Haft wegen Betrug und Fälschung verurteilt.“*

Um die Jahrtausendwende schließlich gab es die massivsten Veränderungen in der Struktur der Metallmärkte seit Jahrzehnten. Innerhalb nur weniger Jahre verschwanden mehrere bis dahin bedeutende Metallunternehmen vom Markt: Metallgesellschaft, W. & O. Bergmann, Preussag, Rudolf Wolff. ENRON, ein US-amerikanische Energiehändler, der einige der o.g. Unternehmen übernommen hatte, verursach-

te wegen Bilanzfälschung einen der größten Unternehmensskandale in der Geschichte und meldete Ende 2001 Insolvenz an. Zahlreiche erfahrene Metallhändler verloren ihren Job, viele Händler gründeten in dieser Zeit neue mittelständische Metallhandels- und Recyclingunternehmen.

Im Jahr 2000 rief der VDM seinen Arbeitsausschuss Neue Medien unter der Leitung von Kurt Oellig ins Leben, im Frühjahr 2001 startete die erste Website des VDM.¹³⁵ „E-commerce gewinnt auch im NE-Metallhandel immer mehr an Bedeutung. (...) Wer sich auf Dauer der neuen Technologie verschließt, schränkt seine Chancen auf dem Markt unnötig ein,“ hieß es 2000 in einer VDM Pressemeldung¹³⁶. Der VDM plante sogar, seinen Mitgliedern eine eigene Online-Handelsplattform im Internet zur

Verfügung zu stellen. Letztlich scheiterte die Idee sowohl an den Kosten als auch am Interesse der Mitgliedsunternehmen. Der VDM war seiner Zeit voraus, der Arbeitsausschuss stellte 2003¹³⁷ seine Tätigkeit wieder ein. Erst 2017 nahm sich der VDM wieder des Themas an und startete den Arbeitsausschuss ‚Digitalisierung Metallwirtschaft 4.0‘.

Eine Herausforderung besonderer Art war die Einführung des Euro am 1. Januar 2002, denn die Mitglieder des VDM waren sowohl bei der Produktion des neuen Geldes als auch am Recycling der alten Währungen beteiligt. „Ich habe mich gefühlt wie Dagobert Duck, als ich auf einem Recyclinghof einen Berg mit alten Münzen bestiegen habe“, so Ralf Schmitz, damals Assistent beim VDM.



VORSTAND 2000:
HEIL, HOFFMANN, SCHLÜTER, GRILLO, MÜNSTER, SCHÄFER, DR. MÜLLER, GSCHWENDTNER-WÜRZBERGER (DAPONT), MÜLLER

4.5.1

MAXIMILIAN SCHÄFER

Maximilian Schäfer wurde am 4. Februar 1946 in Oberköllnbach bei Landshut geboren. Er absolvierte am Weihenstephan Campus der TU München ein Braumeisterstudium, dass er als Diplom-Braumeister abschloss. Anschließend arbeitete er einige Jahre als wissenschaftlicher Assistent bei Weihenstephan, bevor er in die von seinem Schwiegervater Hans Gschwendtner gegründete Firma Hetzel in Nürnberg wechselte. Seit 1980 war Schäfer Geschäftsführender Gesellschafter der Firmen Hetzel Metalle

GmbH (Nürnberg) sowie der Tochterfirmen Hetzel Elektronik Recycling GmbH (Nürnberg) und Hetzel Metalle Berlin. Zur Firmengruppe gehörten ferner die Kaska GmbH (Langenhagen) und die Transka GmbH (Nürnberg). 1987 war er Mitbegründer der Qualitätsgemeinschaft Kabelzerleger, die er von 1987 bis 1994 leitete. 1988 wurde Schäfer in den VDM Vorstand gewählt, von 1994 bis 2003 war er VDM Vorsitzender. Maximilian Schäfer starb am 28. Oktober 2024 an den Folgen einen Fahrradunfalls.



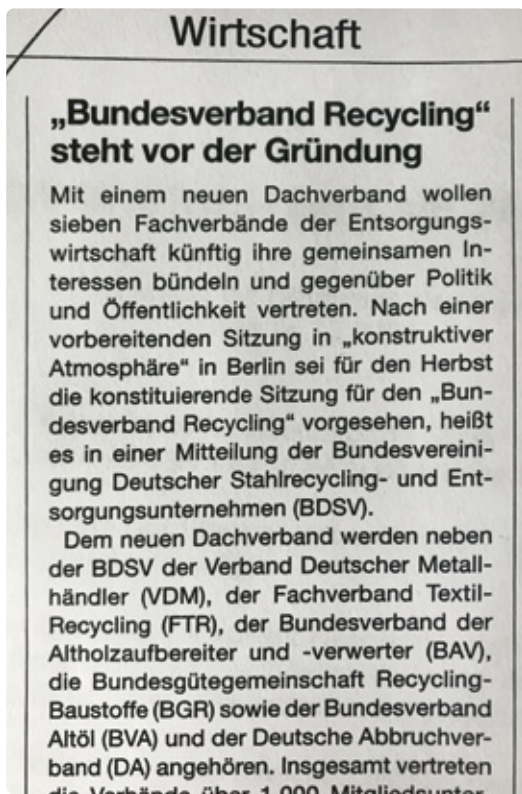
MAXIMILIAN SCHÄFER

4.5.2

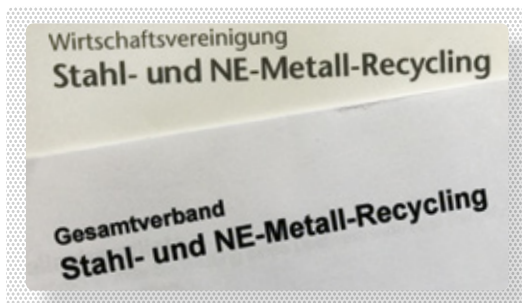
VISION: EIN DACHVERBAND DER ROHSTOFFWIRTSCHAFT

Bereits Anfang 1983 gab es erste Gespräche zwischen dem VDM und dem Bundesverband der Deutschen Schrottwirtschaft (BDS) über eine engere Zusammenarbeit. Wenige Monate später bezog man weitere Rohstoffverbände mit in die Überlegungen ein, so dass es

am 9. Dezember 1983 in Köln zu einem Treffen der Präsidenten und Geschäftsführer des Bundesverbandes Papierrohstoffe (BVP), des Bundesverbandes der Deutschen Rohstoffwirtschaft (BVDR), des Bundesverbandes der Deutschen Schrottwirtschaft (BDS), des Deut-



EUWID VOM 24. JUNI 2008



ROLF WILLEKE, HANS P. MÜNSTER -
DIE INITIATOREN DES GESAMTVERBANDES



schen Schrottverbandes (DSV), des Verbands privater Städtereinigungsbetriebe (VDS, ab 1986 BDE) und des Vereins deutscher Metallhändler (VDM) kam. Die Erörterungen dienten „dem Ziele eines Hauses der Deutschen Rohstoffwirtschaft unter Beibehaltung der Eigenständigkeit der einzelnen Verbände“. ¹³⁹ Letztlich waren die Vorstellungen über eine derartige Kooperation aber zu unterschiedlich, die Gespräche verliefen im Sande.

Fast zehn Jahre später, am 30. Juli 1992, kam es zu einem zweiten Versuch. „Vom Bundesverband der Deutschen Schrottwirtschaft und dem Bundesverband Papierrohstoffe war an den Verein herangetragen worden, diese drei Verbände in einem gemeinsamen Dachverband zusammenzuführen.“ Letztlich zeigte sich jedoch, „dass der BVP einen Verband anstrebt, in dem die Unternehmen Einzelmitglieder werden sollen. Das heißt, die Auflösung der Verbände und die Aufgabe der Identität der Verbände in einem neuen Verband war beabsichtigt.“ ¹⁴⁰ BDS und VDM dagegen wollten einen Dachverband schaffen und die Eigenständigkeit der bestehenden Verbände bewahren. Dieser grundsätzliche Dissens verhinderte ein gemeinsames Dach mit dem BVP, so dass BDS und VDM nach Alternativen suchten. „Nach Auffassung des BDS wäre eine Zusammenarbeit auf der Fe- und NE-Metallseite sinnvoll, wie sie sich bereits auf europäischer Ebene bewährt. Es wäre daher zu prüfen, ob ein gemeinsamer Dachverband (...) gebildet werden könnte. Dies könnte etwa unter dem Titel ‚Wirtschaftsvereinigung Stahl- und NE-Metallrecycling‘ erfolgen“, berichtete VDM Geschäftsführer Münster im November 1992 dem VDM Vorstand. ¹⁴¹ Dieser Vorschlag wurde schließlich umgesetzt, am 14. Juni 1995 ¹⁴² gründeten BDS und VDM die Wirtschaftsvereinigung Stahl- und NE-Metall-Recycling, der DSV trat am 13. März 1996 ¹⁴³ dem Dachverband ebenfalls bei. Mitte 1996 erfolgte die Umbenennung in Gesamtverband Stahl- und NE-Metall-Recycling, weil der Begriff ‚Wirtschaftsvereinigung‘ bereits von den Interessensverbänden der Stahl- und Metallindustrie verwendet wurde. Der BVP konnte seine Ideen ebenfalls umsetzen, er erweiterte 1992 sein

4.5.3

ESN UND EVGE

Mitte der neunziger Jahre gewann das Thema Qualitätssicherung an Bedeutung. Der Gesamtverband Stahl- und NE-Metall-Recycling erarbeitete auf der Grundlage der ISO 9000 Norm ein Qualitätsmanagementsystem für die Branche. BDS und VDM¹⁴⁶ waren zu diesem Zweck Gesellschafter der von der Stahlindustrie gegründeten *Gesellschaft für Akkreditierung und Zertifizierung* (GAZ)¹⁴⁷ geworden und konnten so branchennahe Audits anbieten.

Mit Inkrafttreten des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes am 7. Oktober 1996 wurde der neue Abfallbegriff der Basler Konvention (siehe 4.4.4) in Deutschland geltendes Recht, die Metallrecyclingwirtschaft unterlag ab sofort dem Abfallregime. Gleichzeitig wurde per Gesetz der Entsorgungsfachbetrieb eingeführt, ein freiwilliges Güte- und Qualitätssiegel für Betriebe der Entsorgungswirtschaft, dessen Erlangung im Alltag für die Unternehmen gewisse Vorteile bringen sollte. Die Verbände nutzten nun ihre Erfahrungen und Kontakte, die sie mit dem branchenspe-

zifischen QM-System gewonnen hatten, und initiierten die Gründung der *Entsorgergemeinschaft der Deutschen Stahl- und NE-Metall-Recycling-Wirtschaft e.V.* (ESN).

Aufgabe von Entsorgergemeinschaften ist es, Unternehmen bei der Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb zu unterstützen und ein entsprechendes Zertifikat zu vergeben. Die Auditierung der Unternehmen erfolgt durch staatlich zugelassene Sachverständige. Über die Vergabe des Zertifikats wacht ein sogenannter Überwachungsausschuss, der aus Mitgliedern der Entsorgergemeinschaft besteht.

Die Gründung der ESN fand am 19. September 1996 mit Unterstützung der Verbände BDS, DSV und VDM im Hotel Hilton Düsseldorf statt, wo bereits am nächsten Tag die erste Informationsveranstaltung der ESN mit rund 230 Teilnehmern durchgeführt wurde. In den folgenden Tagen traten etwa 90 Firmen der ESN bei, der Grundstock war gelegt.¹⁴⁸ Die Eintragung ins Vereinsregister erfolgte

am 30. Dezember 1996. Um die Kosten gering zu halten war vereinbart worden, dass die Geschäftsführer von BDS und VDM auch die Geschäftsführung der ESN übernehmen und für das Tagesgeschäft die bestehenden Geschäftsstellen der Verbände nutzen sollten. Gründungsgeschäftsführer (1996-2001) wurden deshalb Rolf Willeke vom BDS und sein VDM-Kollege Hans P. Münster. In der Praxis lag die Arbeit aber von Anfang an bei ihren Stellvertretern, die 2001 dann auch die Geschäftsführung

GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG DER ESN AM 19.09.1996. RECHTE: ESN





ESN-VORSITZENDE:
VOIGT, MÜLLER, NEUFFER, DOROZALA, DIEKMANN, DOMARATIUS

übernahmen: Klaus Bunzel (siehe 4.4.5) und Ralf Schmitz (siehe 5.3). 2014 wurde zwischen BDSV (BDS und DSV waren zwischenzeitlich fusioniert), ESN und VDM vereinbart, dass die ESN künftig organisatorisch von den Fachverbänden getrennt werden solle. Ralf Schmitz schied deshalb im März 2014 aus der Geschäftsführung der ESN aus und wechselte in den ESN-Vorstand¹⁴⁹. Klaus Bunzel verließ im Januar 2015 die BDSV und baute als ESN-Geschäftsführer eine eigenständige Geschäftsstelle in Düsseldorf auf, die er bis zu seinem Ruhestand Ende 2017 leitete. Am 1. Oktober 2017 wurde Beate Kölling neue ESN-Geschäftsführerin.

Erster ESN-Vorsitzender war Björn Voigt (1996-2002), es folgten Hans Müller (2002-2008), Heiko Neuffer (2008-2014), Otto Dorozala (2014-2018), Michael Diekmann (2018-2026) und seit 2026 Laura Domaratius.

Die ESN wurde recht schnell nach ihrer Gründung zum Erfolgsmodell. Insbesondere die gesetzlich vorgeschriebenen Lehrgänge für die Leitungspersonen der Mitgliedsbetriebe erwiesen sich als sinnvoll, denn die Schulungen wurden exakt auf die Bedürfnisse der Teilnehmer zugeschnitten. Zunächst fanden die Lehrgänge in Kooperation mit dem BEW-Bildungszentrum in Duisburg statt, dann zwei Jahre lang in einem Stahlwerk von Thyssen-Krupp – kombiniert mit einer ausführlichen Werksführung. Später wechselten die Schulungen für viele Jahre in das Mercure Hotel Bonn. Heute werden wechselnde Lehrgangsorte und Onlineseminare angeboten.

Im Gegensatz zu Verbänden unterliegen Entsorgungsgemeinschaften der staatlichen Aufsicht. Für die in Nordrhein-Westfalen zugelassenen Entsorgungsgemeinschaften war zunächst das Landesumweltamt in Düsseldorf als Aufsichtsbehörde zuständig. Mit der Zeit erwies es sich für die drei größten Entsorgungsgemeinschaften als sinnvoll, Erfahrungen auszutauschen, sich abzustimmen und einheitlich gegenüber dieser Behörde aufzutreten. Am 7. Dezember 1998 trafen sich Klaus Bunzel und Ralf Schmitz erstmals mit dem damaligen Geschäftsführer der bvse-Entsorgungsgemeinschaft Achim Hallerbach und dem Geschäftsführer der Entsorgungsgemeinschaft der Deutschen Entsorgungswirtschaft (EdDE) Dr. Markus Weyers in Köln. Ein erster *Gesprächskreis der Entsorgungsgemeinschaften* war geboren. Da sich im Laufe der Zeit weitere Entsorgungsgemeinschaften und vergleichbare Organisationen aus anderen Ländern diesem Kreis anschlossen, vereinbarte man, einen europäischen Dachverband zu gründen. Die Verhandlungen hierzu fanden am 23. April 2004 in Wien statt, sie gestalteten sich ausgesprochen schwierig und zogen sich über Stunden. Der Knackpunkt: Der in Österreich tätige „Verein zur Verleihung des Zertifikates eines Entsorgungsfachbetriebes“ (V.EFB) war zwar den deutschen Entsorgungsgemeinschaften sehr ähnlich, System und Rechtsgrundlagen waren aber unterschiedlich. Es galt nun, eine einheitliche Terminologie zu finden. Man einigte sich schließlich auf den recht sperrigen Namen *Europäische Vereinigung der Gemeinschaften zur Zertifizierung von Entsorgungsfachbetrieben* (EVGE), bevor der Tag bei guter Laune in einem Heurigen ausklang. Am 29. Oktober 2004 erfolgte dann die offizielle Gründung der EVGE in Köln. Heute gehören ihr Organisationen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und der Tschechischen Republik an.



4.5.4

MATTHIAS HEIL UND DER UMZUG NACH BERLIN

2003 geriet die Firmengruppe des VDM Vorsitzenden Maximilian Schäfer in wirtschaftliche Turbulenzen, er musste Insolvenz anmelden und den VDM Vorsitz niederlegen. Die Presse meldete: *„In der Führung des Vereins Deutscher Metallhändler e.V., Bonn, haben sich in den letzten Tagen Änderungen ergeben: Herr Maximilian Schäfer, Vorsitzender seit 1994, hat am 22. Januar 2003 aus gesundheitlichen und persönlichen Gründen sein Amt niedergelegt. Bereits im Herbst 2002 hatte Herr Heinz-Peter Schlüter (1. Stellvertreter) aus gesundheitlichen Gründen sein Vorstandsmandat zur Verfügung gestellt. Satzungsgemäß hat Herr Matthias Heil (2. Stellvertreter) das Amt des Vorsitzenden bis zur kommenden Mitgliederversammlung, welche vom 8. bis 10. Mai 2003 in Mainz stattfindet, übernommen.“*¹⁵⁰



MATTHIAS HEIL

Der am 15. Februar 1954 geborene Industriekaufmann Matthias Heil war seit November 1996 Geschäftsführer der Metallhandelsfirma W. & O. Bergmann in Düsseldorf, später fungierte er als Geschäftsführer der ENRON Metall Recycling bzw. der Nachfolgefirma Sudamin Recycling in Essen. Am 25. April 1997 wählte ihn die Mitgliederversammlung in den Vorstand des VDM, am 14. April 2000 wurde er 2. stellvertretender Vorsitzender. Im September 2004 schied er aus der Sudamin Recycling aus und musste deshalb satzungsgemäß sein Vorstandsmandat niederlegen¹⁵¹.

Obwohl Heil nur 15 Wochen VDM Vorsitzender war, griff er entscheidend in die Entwicklung des Vereins ein. Schon in der ersten Vorstandssitzung unter seiner Leitung im März 2003 wirkte er auf einen Umzug des VDM von Bonn nach Berlin hin. *„Da ein Umzug nicht von heute auf morgen in Betracht komme, wurde vorgesehen, zunächst eine Repräsentanz in Berlin aufzubauen.“*¹⁵² Diese Aufgabe fiel dem stellvertre-

tenden VDM Geschäftsführer Ralf Schmitz¹⁵³ zu. Mehrmals im Monat reiste er nach Berlin um dort erste Kontakte aufzubauen. Die Trimet Handel AG stellte ihm für eine Übergangszeit einen Raum in ihrem Büro Unter den Linden 36 zur Verfügung, der VDM hatte den ersten Schritt in Richtung Rückkehr nach Berlin getan.

Matthias Heil hatte schon bei der Übernahme des VDM Vorsitzes am 22. Januar erklärt, dass er dieses Amt nur vorübergehend bis zur Mitgliederversammlung am 9. Mai ausüben wolle. In dieser kurzen Zeit gelang es nicht, einen Unternehmer zu finden, der für den Vorsitz kandidieren wollte. Deshalb *„beschloss der Vorstand, der Mitgliederversammlung das geschäftsführende Vorstandsmitglied Hans P. Münster für eine Übergangsperiode als Kandidat zum VDM-Vorsitzenden vorzuschlagen.“*¹⁵⁴ Die Mitgliederversammlung folgte diesem Vorschlag und wählte Münster (siehe 4.3.3) am 9. Mai 2003 zum Vorsitzenden.